

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingewerbeindustrie, in Scheibenspinnereien und Glasereien, für Gipser, Püger, Stukkateure, Abplattierer, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgebühren)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 23, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Milli-
meterzeile 1,25 M. Bei größeren Abschläffen Rabatt,
der nur als Kassarabatt gilt.
Arbeitsmarkt die dreigespaltene Kleinzeile 3 M.
Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 A.

Gehändämmerung in der deutschen Industrie?

Die alljährlich stattfindende Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, kürzlich in Dresden abgehalten, hat diesmal eine Ueberprüfung gebracht. Und zwar durch die Rede eines der leitenden Männer der Großindustrie, der zugleich führendes Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist, des Herrn Dr. Paul Silberberg. Der Mann hat Worte gefunden, die von dem herkömmlichen Hurraamtam der Deutschnationalen und Völkischen vollkommen abweichen; er hat sich sogar zu dem Geständnis aufgeschwungen, das deutsche Unternehmertum stehe reslos auf dem staatsbejahenden Standpunkt. Er ging sogar so weit, zu erklären, alle ernsthaften und pflichtbewußten Menschen hätten sich auf den Boden der heutigen Staats- und Reichsverfassung gestellt. Das deutsche Unternehmertum lehne alle extremen Elemente von links und rechts ab; bei allen ernsthaften Menschen im In- und Auslande wiege die Anerkennung der deutschen Republik und ihrer Verfassung durch das deutsche Unternehmertum tausendmal schwerer als der ganze parteiaktische Rummel, der nur Mißtrauen sät und Unruhe schafft.

Nach einem Rückblick auf die Wirtschaftsentwicklung Deutschlands nach dem Kriege und die falsche Steuerpolitik der Regierung kam dann Dr. Silberberg zu dem für uns wichtigsten Teil seiner Rede, zu dem Verhältnis des industriellen Unternehmertums gegenüber der Arbeiterschaft. Der Siegerstimmung der Arbeiter nach der Revolution sei heute die Ernüchterung gefolgt. Was sich heute beim Unternehmertum als Verluste an Vermögen und mobiles Kapital darstelle, sei für die Arbeiterschaft das Verschwinden nützlicher Arbeitsgelegenheit. Bei Kapitalmangel verschwinde die Produktion und die Arbeitsgelegenheit, vermindere die Konsumkraft, was wiederum eine weitere Schwächung der Produktion und Arbeitsgelegenheit zur Folge habe. Dazu komme, daß Deutschland heute im Begriffe stehe, aus dem Obriktungsstaat in den Fürsorgestaat hineinzufallen. Die Ueberwindung sozialer Fürsorge löse die Selbstverantwortung. Man könne jedoch auch nicht sagen, die Einstellung des Unternehmertums zur Arbeiterschaft und ihrer Organisationen sei immer eine glückliche gewesen. In der nach dem Zusammenbruch gegründeten Zentral-Arbeitsgemeinschaft war beim Unternehmertum im allgemeinen eine gewisse Neugierigkeit und Unsicherheit bei ihrer Mitarbeit festzustellen; vor allem habe es sich zu spät entschlossen, in den Gewerkschaften die Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen. Nunmehr sei nicht zu verkennen, daß sich im deutschen Unternehmertum eine Wandlung der Geister vollzogen habe. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft sei in der Sozialdemokratie, eine Minderheit in der Zentrums- und in der christlichen Gewerkschaften organisierte Minderheit leide unter den Schwächen der Minderheit, die sich vor allem in der Ueberwindung sozial- und lohnpolitischer Forderungen ausdrückt, die wieder bei der Mehrheit, den freien Gewerkschaften, die Zerbrech des Ueberbietens auslöse. So erwachse dem Unternehmertum mancherlei Schwierigkeiten, auch der Zentrums- und Sozialdemokratie Oppositionspartei ist. Deshalb sei es auf die Dauer allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch in höchstem Maße unerträglich, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition stehe. Man sage einmal, gegen die Arbeiter könne nicht reagiert werden. Das sei nicht richtig; es müsse heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiter reagiert werden. Dann

aber müsse man auch den Mut zur Konsequenz haben, es sollte nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie müsse heran zur verantwortlichen Mitarbeit. Tut sie das nicht, so werde sie als

Einse!

(Generalsekretär Duck im Dezember 1926.)

Die jetzige Lage stellt den Arbeitgeber vor die Notwendigkeit, sich trotz aller aus erbärmlichen kleinen Motiven herbeigeführten Spaltungen der Industrie fest zusammenzuschließen, um mit unerschütterlichem Willen die Gewerkschaften zu vernichten und niederzuschlagen, oder aber er muß sich unter die Aufsicht der sozialdemokratischen Heher und Aufreißer und unter die Kontrolle der gewerkschaftlichen Vertrauensleute stellen. Wenn das erreicht ist, dann hat die Sozialdemokratie ihre erste bedeutende Etappe erreicht zu ihren Zielen.

Heute!

(Generalsekretär Silberberg im September 1926.)

Rückwärts schauen kann man nicht fagen, daß die Einstellung des Unternehmertums zur Arbeiterschaft und ihren Organisationen immer eine glückliche gewesen ist... Das Unternehmertum hat sich zu spät entschlossen, in den Gewerkschaften die Vertretung der Arbeiterschaft anzuerkennen... Es ist eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition steht... Die politische Mitarbeit der Sozialdemokratie muß angestrebt werden... Ohne die Arbeiter kann nicht regiert werden.

Partei zugrunde gehen. Die soziale Demokratie müsse den Mut haben, die Folgerungen aus den Lehren der Revolution zu ziehen: Sie hat nicht die Macht, Kraft und Fähigkeit, den Staat zu beherrschen und zu führen. Wir leben in einer Welt, die ihre Existenz und Kultur auf kapitalistischen Wirtschaftsmethoden aufgebaut hat, einem Kapitalismus als Grundlage einer durchorganisierten Produktion und einer rationalisierten Güterverteilung bis zum Güterkonsum. Wenn sich so die soziale Demokratie auf den Boden der Tatsachen stelle, den radikalen Doktrinarismus und immer zerstörende, nie aufbauende Politik der Straße und Gewalt ablehne, werde sie zusammen mit dem Unternehmertum unter seiner Führung Deutschland und die deutsche Wirtschaft wieder zu Erfolgen und zur Blüte führen. Das industrielle Unternehmertum habe sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liege, und weite Kreise des deutschen industriellen Unternehmertums den Mut zu der Schlussfolgerung haben, es müsse die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der Sozialdemokratischen Partei angestrebt werden. Zum Wiederaufbau in Deutschland seien berufen das deutsche Unternehmertum im weitesten Sinne und die deutsche

Arbeiterschaft. Kein Teil habe es bisher dem andern leicht gemacht. Manches hätten die Arbeiterorganisationen erreicht. Aber eines werden sie nie können: Arbeit schaffen! Das könne nur das Unternehmertum, das eine geistig und körperlich gesunde Arbeiterschaft hinter sich wisse.

So viel aus der Rede des Herrn Silberberg. Sie enthält manche Ueberraschungen, vor allem das Bekenntnis zur Republik und das Bekenntnis über die Bedeutung der Gewerkschaften. Aber das in dieser Rede unverhohlen zum Ausdruck kommende Sehnen nach Wiederaufrichtung der fest entschlossenen Arbeitsgemeinschaft dürfte bei der Arbeiterschaft auf schwer umschiffbare Klippen stoßen. Die frühere Zentralarbeitsgemeinschaft wurde durch die Schuld des Unternehmertums gebrochen. Hart auf hart ging es damals nach der Marktabstufung. Die Zerschlagung des Achtstundentages, die Herabschraubung der Stundenlöhne, die Beseitigung sozialer Vergünstigungen, die Vernichtung der Gewerkschaften, die Beseitigung des Arbeitsrechts, der Schlichtungseinrichtungen — alles das haben im Winter 1923/24 die Unternehmerrorganisationen verlangt und zum Teil mit brutaler Gewalt durchgesetzt. Nicht zuletzt ist dies erstrebt worden von den Unternehmern im Baugewerbe; maßlose und erbitterte Kämpfe waren die Folge. Und nicht zuletzt ist die heutige Wirtschaftskrise eine Teilercheinung jenes Unternehmertums, die Arbeiterlöhne auf den niedrigsten Stand herabzubringen. Der Leidenstrubus der deutschen Arbeiterschaft an unternehmerliche Starr- und Dickköpfigkeit war in den letzten Jahren ein unerträglich. Solche Spuren schreien. Glaubt da auch nur einer, daß nach solchen Erfahrungen die Rede des Herrn Silberberg, die allerdings großen Beifall auf dieser Tagung fand, Wunder wirken und die deutschen Gewerkschaften veranlassen könnte, nun sofort pubeltreu wieder zur Arbeitsgemeinschaft umzuschwenken?

Eine solche erneute Bekehrung möchten wir von den deutschen Gewerkschaften denn doch ferngehalten wissen. Es geht auch ohnedem. Die Unternehmer mögen mehr Verständnis aufbringen für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft, sie mögen nicht das „Heil der deutschen Industrie“ suchen in der Herabdrückung der Löhne, der Verlängerung der Arbeitszeit, der Beseitigung sozialer Vergünstigungen, in dem fortwährenden Kampfe gegen die Sozialgesetzgebung und das Arbeitsrecht. Dann werden sich die Arbeiter darauf einzustellen wissen und Deutschland wird von schweren Arbeitskämpfen verschont bleiben. Das geht alles zu machen ohne offizielle Arbeitsgemeinschaft, es genügt die friedlich-schiedliche Verhandlung von Partei zu Partei, um erträgliche Verhältnisse für alle zu schaffen. Dann würde sich auch der Wunsch Silberbergs nach einer geistig und körperlich gesunden Arbeiterschaft erfüllen. Im übrigen schämen wir die Forderungen Silberbergs ein als theoretische Formeln, die für eine praktische Gegenwartsarbeit einige Bedeutung haben können, aber keinen zwingenden Grund aufweisen, erneut eine Zentralarbeitsgemeinschaft einzugehen, die bei gutem Winde ja doch wieder in die Brüche ginge und höchstens in Arbeiterfreisen neue Enttäuschungen und erneute Empörung auslösen könnte...

Und das Bekenntnis zur Republik? Nun ja, Ver-nunftrepublikaner hat es zu allen Zeiten gegeben. Sobald der Kapitalist sieht, daß es auch mit der Republik geht, dann schwenkt er eben zum republikanischen Bekenntnis ein und wird überzeugter Republikaner. Frankreich ist dafür ein bereicher Beweis, und wer weiß, ob nicht die Anregung zu dem Bekenntnis Silberbergs aus den industriellen Gefilden Frankreichs stammt. Immerhin ist das Bekenntnis insofern erfreulich, als nunmehr die deutsche Republik noch geistiger erscheint und die

Rutschstufen von rechts und links zu einer belanglosen und einflusslosen Minderheit zusammenschumpfen...

Im übrigen werden die deutschen Arbeiter gut daran tun, auf dergleichen Reden wenig zu geben und dafür ihre Gewerkschaften auszubauen. Dazu sollte sie vor allem anregen das Bekenntnis Silberbergs, die deutschen Gewerkschaften hätten schon so manches erreicht. Jawohl, sie haben manches erreicht und werden noch mehr erreichen, wenn alle deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen ihre gewerkschaftliche Pflicht erfüllen. Darum steht zur Gewerkschaft, stärkt und fördert sie in jeder Weise! Dann wird die Arbeiterbewegung nicht nur ihre wirtschaftliche Lage verbessern, sie wird auch ein Teil der kapitalistischen Welt sein und die sozialistische Republik errichten! Das ist das Ziel, das wir erstreben! Und wir werden es erreichen, wenn alle ihre Schultigkeit tun.

Das Gewerkschaftsrecht in Deutschland.

Von E. Aufhäuser.

Die republikanische Verfassung von Weimar zeigt bereits den inneren Zusammenhang zwischen Arbeitsrecht und Gewerkschaftsrecht. Während der Artikel 167 anknüpft, die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches, spricht Artikel 169 die bedingungslose Koalitionsfreiheit für alle Berufe klar aus. Das Arbeitsrecht könnte sich auch niemals auswirken, wenn nicht gleichzeitig den großen Koalitionen der Arbeiter und Angestellten durch die Vereinigungsfreiheit und durch ein Mindestmaß von rechtlich anerkannten gewerkschaftlichen Befugnissen die Möglichkeit gegeben wäre, den in Gesetzesparagrafen vorgesehenen sozialen Schutz auch tatsächlich zu verwirklichen. Man kann auch hier die Bestimmungen der Verfassung als das grundsätzliche Bekenntnis zur Schaffung des Arbeitsrechts und des Gewerkschaftsrechts ansehen; die Verfassung lebendig zu gestalten, aber mußte Aufgabe der Gewerkschaften selbst bleiben. Das Recht der Gewerkschaften konnte sich nur aus der sozialen Bewegung der Arbeiter und Angestellten heraus entwickeln. In dieser Entwicklung hat die im November 1918 geschaffene Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeiter, Angestellten und Unternehmer Deutschlands eine historische Rolle gespielt. Unter dem Druck der Revolution waren damals die organisierten Unternehmer Deutschlands genötigt, die Grundrechte der Arbeiter, der Angestellten und ihrer Gewerkschaften anzuerkennen. Das betreffende Abkommen vom 15. November 1918 enthält hinsichtlich des Rechtes der Organisation wichtige Leitgedanken, die später in der Gesetzgebung und in der Verfassung ihren Niederschlag gefunden haben. Aus jenem Abkommen darf heute an die folgenden Vereinbarungen erinnert werden:

Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterkraft anerkannt. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkzeuge (die sogenannten wirtschaftsrechtlichen Vereine) fortan vollkommen selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.

Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch kollektive Vereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Damit war nicht nur eine Anerkennung der Berufsverbände als die gegebene Vertretung der Arbeiter und Angestellten ausgeprochen; es war auch gleichzeitig die klare Scheidungslinie zwischen den unabhängigen Gewerkschaften und den abhängigen gelben Werkvereinen gezogen. Schließlich war der Kollektivbegriff für die Regelung der sozialen Arbeitsverhältnisse auch für die Angestellten proklamiert worden. Bei der folgenden Errichtung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats hatte die Zentralarbeitsgemeinschaft als Vorenennungsförderung für die industrielle Unternehmer- und Arbeiterkraft zum ersten Male Gelegenheit, die Grenzlinie der gewerkschaftlichen Arbeiterverbände aufzuzeigen. Die gelben Werkvereine sind im Reichswirtschaftsrat ohne Vertretung geblieben. Die Abteilung II (Arbeiter und Angestellte) wird gebildet aus den Verbänden der freien, christlich-nationalen und freiheitlich-nationalen (sichs-dunderschen) Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten. Darüber hinaus wurden Anfang 1920 gewerkschaftliche Grundzüge aufgestellt, die von allen der Zentralarbeitsgemeinschaft angeschlossenen Arbeiter- und Angestellten-Organisationen innezuhalten waren. Die damals gefundene Begriffsbestimmung einer Gewerkschaft besagt im wesentlichen („Korrespondenzblatt“ des RW. Nr. 3 von 1920):

Zusammenfassung. Eine Arbeitnehmergewerkschaft beziehtungsweise deren Sparten oder Sektionen sollen bestehen aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder verwandten Berufes. Die Gewerkschaft muß den Grundgedanken der Gemeinsamkeit der Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Unternehmer und die daraus folgende Solidarität aller Arbeitnehmer anerkennen und betonen.

Leitung. Die Leitung der Arbeitnehmergewerkschaften liegt... in den Händen der Arbeitnehmer. Diese Leitungen werden von den Arbeitnehmern nach dem demokratischen Wahlverfahren gewählt.

Zwecksetzung. Der Zweck einer Arbeitnehmergewerkschaft ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage der Arbeitnehmer des betreffenden Berufes.

Der Arbeitnehmergewerkschaft kommen in Betracht:

- a) Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder ihren Organisationen...
- b) Die Arbeitsniederlegung... Den Mitgliedern ist Streikunterstützung zu zahlen...
- c) Die geistige und fachliche Ausbildung...
- d) Rechtschutz und Unterstützungseinrichtungen.
- e) Sicherung der Arbeitnehmerrechte durch die Gesetzgebung.

Die finanziellen Mittel zur Durchführung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft sind durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen. Die Arbeitnehmergewerkschaft darf keine Zuwendung materieller Art von Unternehmern oder Unternehmerorganisationen annehmen.

Die Grundzüge gelten sinngemäß auch für die Arbeitnehmerorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter staatlicher und kommunaler Betriebe.

Mit diesen von allen beteiligten Stellen anerkannten gewerkschaftlichen Grundzügen war bereits 1920 festgestellt, daß die als Gewerkschaften anzusehenden Arbeiter- und Angestelltenverbände im Kreise der Gesamtorganisationen der freien, christlich-nationalen und freiheitlich-nationalen Gesamtverbände vereinigt sind. Die weitere Praxis hat ergeben, daß auch die gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere aber die Reichsversammlung, vor allem das Reichsarbeitsministerium, bei allen einschlägigen Verhandlungen jeweils die folgenden Gesamtverbände als die Vertretung der gesamten Arbeiter- und Angestelltenkraft anerkennen:

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB), Allgemeiner freier Angestelltenbund (FFA-Bund), Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband Deutscher Angestelltenvereine (Gedag), Verband der Deutschen Gewerksvereine (D.-D.), Gewerkschaftsbund der Angestellten (GBA).

So war bereits in der sozialen Praxis die Grundlage für das kommende Gewerkschaftsrecht gegeben, und es kam darauf an, diese Praxis nunmehr auch formalrechtlich in der sozialen Gesetzgebung festzulegen. Dieser Akt der Gesetzgebung geschah bei der Verabschiedung der Novelle zum Reichsnachschußgesetz vom 25. Juni 1926. Danach sind die Mitglieder zu den zugehörigen Selbstverwaltungskörperschaften der Knappschuß auf Grund von Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen zu wählen. Ueber den Begriff der wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitern heißt es im § 184:

Wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern im Sinne dieses Gesetzes sind solche Verbände, die einem Gesamtverbande angehören, der als Vorenennungsförderung für den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat anerkannt ist.

Damit hat sich das neue Gewerkschaftsrecht an das in der deutschen Gewerkschaftsbewegung historisch gewordene angeknüpft. Der Gesetzgeber ist von der Verordnung über den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom 4. Mai 1920 ausgegangen. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat wiederum ist in der Zusammensetzung seiner Arbeiter- und Angestelltenabteilung die Vertretung der in den drei großen Richtungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung zusammengeschlossenen Berufsverbände von Arbeitern und Angestellten.

Der neue § 184 des Reichsnachschußgesetzes hat weit über den Rahmen des Verbaues hinaus eine außerordentlich wichtige grundsätzliche Bedeutung. Es ist der Weg aufgezeigt, die Selbstverwaltung der Sozialversicherung in wachsendem Maße in die Hand der beruflichen Vertretungen der Arbeiterkraft, der Gewerkschaften, zu legen. Die gewollte Ausgestaltung der gelben Werkvereine oder ähnlicher nicht gewerkschaftlicher Arbeitervereinigungen entspricht nicht nur der historischen Entwicklung, sondern auch dem Sinn der Reichsverfassung. Da die Reichsverfassung an den verschiedensten Stellen immer wieder eine paritätische Mitwirkung der Unternehmer und der Beschäftigten vorsieht, so wäre es auch nicht angängig, das Gewicht der Arbeiter- und Angestelltenvertretungen dadurch abzuschwächen, daß man ihnen die wirtschaftsrechtlichen Elemente mit zugibt, die in Wirklichkeit das ausschließende und abhängige Organ der Unternehmer sind. Im Reichsnachschußgesetz war die reinliche Scheidung der Unternehmer- und der Arbeitervertretungen um so notwendiger, als die Arbeiter und Angestellten drei Fünftel der Sitze in den Körperschaften innehaben, und gleichzeitig auch drei Fünftel der Beitragsanteile zu übernehmen hatten. Es wäre den Vorgesetzten und den Vergewaltigten nicht zugunsten gewesen, diese erhöhte Beitragslast aufzubringen, wenn ihnen nicht gleichzeitig die Sicherheit geboten worden wäre, daß ihre Vertretung in der Selbstverwaltung auch wirklich von allen Einflüssen der Wirtschaftsfriedlichen freigestellt wird.

Mit der Novelle zum Reichsnachschußgesetz ist in der Erfüllung der Verfassung ein entscheidender Schritt getan. Wenn die Weimarer Verfassung die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches stellt und damit den Trägern der Arbeit ein besonderes Recht und einen erhöhten gesetzlichen Schutz verleiht, so muß auch den Interessensvertretungen der Arbeiter und Angestellten das entsprechende Organisationsrecht mit ausreichenden Befugnissen verliehen werden.

Ein kollektives Arbeitsrecht ist nicht denkbar ohne ein ausreichendes Gewerkschaftsrecht. Der ganze soziale Inhalt der Verfassung kann nur lebendige Gestalt annehmen, wenn sich die Republik ein neues soziales Recht schafft, in dem der arbeitende Mensch im Gegensatz zu dem früheren Recht des Obrigkeitstaates nicht mehr als Objekt, sondern als Subjekt der Wirtschaft gilt. Diese soziale Höhenwindung, die als eine unerlässliche Voraussetzung für die Festigung der Republik überhaupt angesehen werden muß, kann aber nicht von den einzelnen Arbeitern und Angestellten, sondern nur von ihren Gesamtorganisationen — den Gewerkschaften — getragen werden.

So bedeutet der neue § 184 des Reichsnachschußgesetzes eine erfreuliche Anerkennung für die Erfolge und die Festigung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und einen wichtigen Schritt auf dem Wege der Erfüllung der Verfassung von Weimar zur Schaffung des demokratischen und sozialen Staatsstaates.

Beiratsstagnation.

Am 30. August waren Bundesrat und Bundesversammlung im Reichstag zu Leipzig versammelt zur Beratung und Entscheidung über eine Reihe wichtiger Organisationsfragen. Mit einem Ueberblick über den Stand des Bundes leitete Kollege Paplow die Beratungen ein. Die im 4. Quartal vorigen Jahres bewonnene Mitgliedsabnahme hat sich verlangsamt, aber sie ist noch nicht überwunden. Bei einem Abgang von 11 022 Mitgliedern und einem Zugang von 7680 Mitgliedern hat das erste Halbjahr mit einem Verlust von 3342 Mitgliedern abgeschlossen. Dadurch ist die Mitgliederzahl im ersten Halbjahre von 342 225 auf 338 893 gesunken. Hierzu hat die im Bauberufe immer noch sehr große Arbeitslosigkeit am meisten beigetragen. War doch selbst um die Mitte des Monats August beinahe noch ein Fünftel unserer Mitglieder ohne Arbeit. Aus dem B. d. A. sind bis zum 26. August dieses Jahres rund 6 1/2 Tausend Mitglieder in unsere Baugewerksbund wieder aufgenommen worden. Wie viele von den ehemaligen Anhängern dieser Organisation neu bei uns eingetreten sind, das ist nicht genau festzustellen. Im 2. Quartal 1924 hatte der B. d. A. 34 000 Mitglieder auf 24 800 angegeben. Der sogenannte Reifereisend, der sich im Bezirk Berlin eine größere Anzahl Mitglieder zurechnet, wird auch außerhalb dieses Bezirks hier und da noch Mitglieder haben, wie es in einigen Orten wohl auch noch verpörrliche Trümmer des früheren B. d. A. gibt. Seit 1921 find 521 Mitglieder wegen kommunistischer Bestrebungen aus unserm Bunde ausgeschlossen und davon 79 wieder aufgenommen worden. Die große Arbeitslosigkeit wirkt sich auch auf die Einnahmen des Bundes aus. Manche Baugewerkschaft sendet wenig oder gar kein Geld an die Bundeshauptkassa ein. Viele Baugewerkschaften sind Schuldner der Bundeshauptkassa. Das ist auf die Dauer unhaltbar. Trotz der schlechten Arbeitslage könnten die Geldeingänge regelmäßiger sein. Für die Bundeshauptkassa eingenommen Gelder müssen wir allmählich überweisen werden. Es gehört zu den Pflichten der Revision, streng darüber zu wachen, daß dies geschieht. Das Eingehen der Beiträge muß streng organisiert und durch regelmäßige Widerkontrollen unterstützt werden. Die Bundesfinanzen zu härten, ist die wichtigste Aufgabe unserer Organisationsarbeit. Größte Sorgfalt ist in den Baugewerkschaften den Kassenprüfungen auszuweisen. Daß ein Baugewerkschaftsleiter auch noch Kessengeldscheine einer anderen Organisation führt, darf unter keinen Umständen geduldet werden. Eingeleitet ist die Regelung unserer Beziehungen mit den Verbänden, die in das Arbeitsverhältnis der zu unserm Bunde gebörenden Berufe übergrreifen. — Die dem Bericht des Kollegen Paplow folgende Aussprache ließ keine großen Hoffnungen auf eine baldige stärkere Verringerung der Arbeitslosigkeit aufkommen. Die vom Bundesvorstand eingeleiteten Schritte zur Förderung der Industrieorganisation der Baugewerkschaften fanden Zustimmung. Die Baugewerkschaft steht bei manchen uneinsichtigen Kollegen vor großen Schwierigkeiten. Kommt es doch vor, daß sie ihre Meinung, am Organisationsleben teilzunehmen, zu entschuldigen suchen mit den vorjährigen Kampfbeiträgen, mit der Höhe der Wochenbeiträge oder gar mit der Bauhüttenbewegung, deren Wert sie leider noch nicht erkannt haben. Der Zusammenstoß von Baugewerkschaften sollte weiter gefördert werden. Bureau mit angestellten Kollegen dürfen jedoch nur errichtet werden, wenn die auf solche Art gebildeten Baugewerkschaften die Kosten dafür selber aus örtlichen Beiträgen aufbringen können. Die Hilfe für Baugewerkschaften, die wegen der Arbeitslosigkeit und des dadurch verursachten Beitragsrückganges notleidend geworden sind, kann nur fortwährender Erhaltung durch Bezirksvorstand und Bundesvorstand allein nach der Zweckmäßigkeit geleistet werden. Auf keinen Fall dürfen Baugewerkschaften für die Deckung ihrer Verwaltungsaufgaben auf Gelder zurückgreifen, die der Bundeshauptkassa gehören. Sparmäßig Wirtschaft darf nicht außer acht gelassen werden. Einstimmig entschied die Beiratsstagnation, in diesem, besonders vom Kollegen Bernhard dargestellten Sinne zu arbeiten. Zustimmung fand ferner die Anregung, den Baugewerkschaften zu gestatten, von ihren erwerbslosen Mitgliedern Beiträge zu erheben im Betrage von 10 bis 20 %, wofür diesen Kollegen der „Grundstein“ ausgestellt wird. Für diesen Zweck werden besondere Arbeitslosenmarken herausgegeben. Einige weitere Anregungen wurden dem Bundesvorstand übergeben.

Dann wendete sich die Beiratsstagnation den Fragen der Lohnbewegung zu, wobei besonders die mit dem zentralen Schiedsgericht gemachten Erfahrungen erörtert wurden, über dessen Tätigkeit Kollege Bernhard eingehend berichtete. Die schiedliche Baulitigkeit hat für die Bauarbeiterkraft zum Teil recht ungünstige Ergebnisse zur Folge gehabt. Die Löhne sind herabgesetzt

wurden, besonders empfindlich in kleinen Orten. Das Verhältnis zwischen den Köpfen der Fach- und Hilfsarbeiter hat sich vielfach zumunten der letzteren verschlechtert. Den Beschluß des Beirates zu dem zentralen Lohnabkommen hat der „Grundstein“ schon in seiner vorigen Nummer mitgeteilt. Bei Eisenbauten wird der Bauarbeiter sehr oft stark vernachlässigt. Auch die übrigen Bauarbeiter werden dadurch gefährdet. Damit diesen Mißständen erfolgreich begegnet werden kann, sollten die an Eisenbauten beschäftigten Arbeiter dem Bauarbeiterverband unterstellt werden. Mit dem Metallarbeiterverband wäre eine dahingehende Verständigung zu versuchen. Auch im Tiefbauwerke herrschen über die Organisationszugehörigkeit sehr unzufriedenliche Verhältnisse. Die im Tiefbau tätigen Mitglieder anderer Verbände treten nicht zu unserm Bunde über und zudem nehmen diese Verbände sogar noch unorganisierte Tiefbauarbeiter als Mitglieder auf. Kollege Otto Wies in der Aussprache unter anderem auf die niedrige Entlohnung der Notstandsarbeiter hin. Es ersichtlich ist es zu betrachten, wie die Löhne von rund 200 000 Reichsmark der Beschäftigten einer Woche ausreichen. Mit allem Nachdruck soll darauf hingewirkt werden, daß Notstandsarbeiten als tariflich zu entlohnende Arbeiten behandelt werden. — Dann wurden noch einige andere Bundesfragen erörtert. Für Reparationsarbeiten in Frankreich sollen mit den zuständigen Organisationen und Behörden Mitteilungen vereinbart werden. Der Beirat stimmte dem ihm vorgelegten Mitteilungsprotokoll zu. — Notwendig ist, eine möglichst genaue Überberichterstattung über die Zahl der in den Bauwerken beschäftigten Beschäftigten zu gewinnen. Lebensfalls müssen wir zum kommenden Frühjahr der übermäßigen Beschäftigung entgegenzutreten. Schon heute verfallen die Beschäftigten einer wochenlangen Arbeitslosigkeit. — Im Gebiete von niedrigen Löhnen hat sich nach Mitteilung ein neuer „Preissteigerungsverband der Bauarbeiter“, wie er sich nennt, aufgelöst. Der Beirat hat davon Kenntnis genommen. Unsere zuständigen Bezirksverbände werden dafür sorgen, daß auch diese Organisation die tariflichen Lohnabmachungen anerkennt und erfüllt. Ferner wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß unsere Mitglieder sich bei ihrer Krankenfälle weiter versichern, wenn sie erwerbslos werden, namentlich soweit ihre Krankenversicherung nicht schon bei der Stempelkontrolle durch die Erwerbslosenfürsorge aufrechterhalten wird. Auch für die „Grundstein-Tariffaktoren“ sollte geboten werden. — Ernannt wurde, recht eifrig für den Betrieb unserer Bundesgeschäftsstellen, Bundesstabsprotokolle und Kalender nach bester Kraft zu werden. Gegen 7 Uhr abends hatte die Beiratssitzung ihre diesmalige Arbeit beendet.

Vom Kampf gegen die Bauhütten.

Im „Reuter Anzeigenblatt“ erschien unlängst ein zwei Spalten langer Artikel, der nun auch von der Unternehmerrzeitung „Das Baugewerbe“ übernommen worden ist, in dem die Verwaltung der Bauhütte Leer nach Strich und Faden durch den Dreck geschleift wurde. Eins war in diesem Artikel richtig dargestellt, nämlich die Tatsache, daß die Unternehmerrzeitung finanziell zusammengebrochen ist. Die Ursachen des Zusammenbruchs waren dagegen teils verschwiegen, teils sogar in empörender Weise entstellt. Da wurde unter anderem behauptet, daß sich erst jetzt, über den Umfang eines völlig betrügerischen Bankrotts ein klares Bild gewinnen“ lasse. Dann war weiter davon die Rede, daß geradezu unqualifizierbare Geschäftsmethoden aufgedeckt worden seien, daß man in Abgründe stiege und sich fühlte, wie es möglich war, daß solche Mißstände ganze zwei Monate hindurch der zuständigen Kontrolle entgangen werden konnten. Wie liegen die Tatsachen? Die Stadt Leer hatte der Bauhütte Leer neben dem Bau der Wirtschafts- und Verwaltungsgebäude für den neuen Großmarkt auf der Wesse auch die horigen Kanalarbeiten übertragen. Die Bauhütte hatte bei der Vergabe der Kanalarbeitungsanlagen, des unglücklichen Objekts, an dem sie sich finanziell ruinierte, mit acht anderen Firmen und auswärtigen Baufirmen in Wettbewerb gestanden. Die Angebote liefen untereinander durchaus normale Differenzen auf. So forderte die Firma Schuhmacher, Leer, die für das städtische Bauamt die Wohnproben gemacht hatte, 106 000 M., Schomburg, Oldenburg, 100 000 M., Barnitz, Hamburg, 98 000 M., Müller, Oldenburg, 75 000 M., Kreuze, Emden-Braunschweig, 70 000 M., Bauhütte Leer 69 000 M., Kirchhoff, Emden, 63 000 M. Alle genannten Firmen beurteilten den Bau auf Grund der vom Stadtbauamt gegebenen Unterlagen (Wohnprofile usw.) etwa gleichartig. Die Bauhütte hatte nicht schlechter kalkuliert als die übrigen. Sie erhielt als Zweiteilnehmer für den Zuschlag. Auf Anfrage bei dem Stadtbauamt, ob die Ausführung mit der vorgesehenen Summe durchgeführt werden könnte, und in einer Mitteilung des Stadtbauamts mit dem technischen Leiter der Bauhütte über deren Leistungsfähigkeit ergaben sich durchaus befriedigende Auskünfte, so daß die Arbeit begonnen wurde. Trotz der Regenzeit, die gerade die Tiefbauarbeiten im Meißeln der Wesse den ganzen Sommer über fast Tag für Tag hinderte, stellte die Bauhütte fast jäh Stillstand der Gesamtanfertigung fertig. Es fehlt nur noch die Estricharbeiten von etwa 478 Metern. Die Estricharbeiten war jedoch die gefährlichste, weil hier die Leistung in einer Tiefe von 5 bis 7 Metern verlief und dabei das frühere Stützgerüst der Wesse durchqueren werden mußte. Dabei ergaben sich denkbar ungünstige Bodenverhältnisse; die Arbeiter stiegen auf schmalen Untergrund, dessen sie mit allen Mitteln nicht Herr werden konnten. Geschäftsführung und Arbeiter bemühten sich zunächst wochenlang — anstatt die Arbeit einzustellen — Tag und Nacht, Sonntag und Werktag, die Schwierigkeiten zu überwinden, die in diesem Umfang auch nur annähernd seiner der Unternehmung voraussehen konnte, wie aus den oben mitgeteilten Angaben ersichtlich ist. Es gelang nicht, weil die Bauhütte im Rahmen

der Mittel, die die Stadt bewilligt hatte, andere und kostspieligere Hilfsmittel nicht anwenden konnte. Die Bauhütte an der Kanalarbeit mußte nun stillgelegt und mit dem Stadtbauamt auf Zahlung eines Zuschusses verhandelt werden. Der Baumeister verwies auf ein Schiedsgericht. Vom Magistrat wurden alle Zahlungen, auch die für die Hochbauten der Bauhütte, an denen ununterbrochen weitergearbeitet worden war, gesperrt. Darauf mußten die Lohnauszahlungen sowie alle anderen dringenden Zahlungen eingestellt werden. Zu gleicher Zeit forderten auch alle Lieferanten und Auftraggeber ihr Geld oder ihre Sicherheiten. Der telegraphisch aus Berlin beorderte Magistrat des Bauhüttenverbandes wies in einer von ihm aufgestellten Zwischenbilanz nach, daß die Bauhütte bereits bei der fertiggestellten Kanalarbeit große Summen ausgezahlt habe. Nachmalige Verhandlungen mit der Stadt über die Gewährung eines Zuschusses zur Fortführung der Arbeiten und zur Weiterzahlung der Löhne blieben ergebnislos. Das Angebot eines Kredits vom Verband sozialer Bauarbeiter wurde abgelehnt, da die Fertigstellung der Arbeiten wesentlich höhere Beträge erfordert hätte, wie wir weiter unten nachweisen werden. Eine Ausnahme des angeblichen Kredits wäre weder ausreichend noch bei dem

Fordert vom Unternehmer bei Bauarbeiten stets nur vorchristliche Schutzhütten! Vermeidet nur Fangleinen, deren Haltbarkeit Ihr vor der Benutzung selbst geprüft habt! Die Fangleinen sind stets hängend und vor Feuchtigkeit oder Säure geschützt aufzubewahren. Laßt Euch durch nichts und niemanden von diesen Notwendigkeiten abhalten! Wer anders handelt, bringt sich in Gefahr!

finanziellen Stand der Bauhütte zu verantworten gewesen. Der Gesellschafter, daß ein Teil der Fangleinen auf Kosten der bevorstehenden Fortführung (Vorfahrt) und Versicherungsbeträge) sich durch Fangleinen besetzt machen würde, blieb nichts anderes übrig, als den Konkurs anzumelden. Die Bauhütte war mit ihren Arbeiten im Stumpf der Wesse stehen geblieben.

In welchem Maße diese nicht voraussehbaren Verhältnisse Ursache des Scheiterns der Bauhütte gewesen sind — Ursachen, die von unsern Gegnern offensichtlich ausgeschwiegen werden, damit um so lauter von der „Schuld“ der Bauhütte geredet werden kann — das erhellt klar aus den Bedingungen, unter denen die Weiterführung der Bauten an den Firmen übertragen worden ist. Die Hochbauten werden mit dem üblichen Aufschlag von 5 %, der sich aus der Neubearbeitung rechtfertigt, ohne weiteres von der Firma Schuhmacher zu Ende geführt. Dagegen ist der Rest der Kanalarbeiten, etwa 478 Meter, für 95 000 M. neu vergeben worden. Dabei hatte die Bauhütte die Gesamtkosten der von Bange von rund 3000 Metern für 99 000 M. fertiggestellten Kanalarbeiten. Die Firma Kreuze, Emden-Braunschweig, eine Westfirma, forderte bei der Neubearbeitung gar 118 000 M., nachdem sie bei der ursprünglichen Vergabe der Gesamtkosten nur 70 000 M. verlangt hatte. So grundlegend hatte sich also die Sachlage geändert, nachdem sich bei den Arbeiten herausgestellt hatte, daß die Bodenverhältnisse tatsächlich völlig anders waren, als sie alle mitwirkenden Firmen auf Grund der ihnen gemachten Angaben bei ihren ursprünglichen Angeboten angenommen hatten. Hier liegt das Verhängnis der Bauhütte begründet. Zahlenmäßig ist nachweisbar, wie anders die Verhältnisse lagen, als die Bauhütte — in Lebensunterstützung mit allen anderen Firmen — sie ansetzen mußte. Von dem allen, von dieser Wahrheit und einzigen Ursache des Scheiterns der Bauhütte, haben die Gegner der Bauhütte nichts zu wissen. Jedes Kind hat von diesen abnormen Schwierigkeiten gehört, nur nicht die Männer, die die Öffentlichkeit ständig aufzufallen sich berufen fühlen. Sie unterschlagen das Wesentliche des ganzen Falles. Motto: Treudeutsch allewege!

Nach einige Zahlen als Beleg zur Erklärung des Falles: Während die Bauhütte mit 8,30 M. je Kubikmeter Erdmaße gerechnet hatte, forderten bei der Neubearbeitung der Kanalarbeiten die Firma de Vries, Leer, 8 M., die Firma Kreuze 12 M., drei andere große Firmen dagegen 18 bis 16,50 M. je Kubikmeter! Die Fertigstellung der Kanalarbeiten hätte also in letzterem Fall nicht weniger als etwa 150 000 M. gekostet gegenüber 69 000 M., die die Bauhütte für den Gesamtbau erhalten sollte. Wer diese Dinge seinen Lesern vorzulesen und zugleich Behauptungen über das Unvermögen der Bauhütte aufstellt, der darf sich nicht beschweren, wenn er der Falschung beschuldigt wird.

Die Arbeiter der Bauhütte haben große Opfer gebracht, um den Fortbestand der Bauhütte zu ermöglichen. Sie hatten sich angeboten, täglich 2 bis 3 Stunden unentgeltlich Überarbeit zu leisten, um den Konkurs abzuwenden. Sie arbeiteten an der Stumpfmaße in 7 Meter Tiefe in ständiger Lebensgefahr. Die Bauhütte hat sich keinerlei Zugus geleistet, sei es in baulicher Hinsicht, sei es in Bezug auf Bureau- oder Verwaltungsausstattung. Der Geschäftsführer hat nicht einmal das ihm zugehörige Gehalt beantragt, geschweige denn, daß irgend jemand etwa Gespen oder Dämonen ausgesagt worden wären. Den Beweis dafür liefern die Bücher. Aus dieser soliden und pflichtbewußten Arbeit erklärt sich ja auch das Vertrauen, das Kreditgeber ebenso wie private und behördliche Bauherren seit Jahren in die Bauhütte setzten. Die Zahl der von ihr erstellten Wohnungen beträgt nicht weniger als 104. Die Bauhütte ist das

Opfer ihres Bauauftrages auf der Wesse geworden, nicht das Opfer ihrer Unfähigkeit oder der Ungültigkeit ihrer Einrichtungen!

Unser Jahrbuch 1925.

Das in diesen Tagen herausgekommene Jahrbuch unseres Bauarbeiterbundes wird inwieweit bei den Bauarbeiterverbänden eingetroffen sein. Es berichtet über einen sehr ereignisreichen Abschnitt unserer Bundesarbeit. Denn für die Bauarbeiterbewegung war das Jahr 1925 ein Kampfjahr erster Ordnung. Das gesamte Unternehmertum schloß sich gegen die angeblich hohen Bauarbeiterlöhne zu Felle zusammen. Gewollte Preissteigerung ist es, wenn das Unternehmertum und seine Nachbarn behaupten, die Bauarbeiterlöhne seien zu hoch, das Bauen werde durch die hohen Löhne verteuert und infolgedessen erschwert oder gar verhindert. In Wirklichkeit ist dem Unternehmertum, namentlich in der Industrie, die Höhe der Bauarbeiterlöhne deshalb zuwider, weil sie den Widerstand der geringer entlohnenden Arbeiter in jenen Berufen stärkt gegen die Lohnrückwärts ihrer Unternehmer und weil sie für diese Arbeiter einen Anreiz bildet, gleichfalls höhere, auskömmliche Löhne zu fordern. Die bürgerliche Öffentlichkeit, Behörden, Gesetzgebende und regierende Stellen standen mit ihrer Anteilnahme zum großen Teile auf der Seite des Unternehmertums. Ausserordentliches forderden die Kämpfe um die Höhe von dem Opfermut der bauarbeiterlichen Arbeiter. Die einzelnen Jahrbuchabschnitte spiegeln Verlauf und Erfolge all dieser Kämpfe wieder. Das Unternehmertum hat seine Kampfkraft nicht erreicht. Der Achtstundentag blieb unangefochten. Einzelne Kurzsichtige mögen ihn hier und da überschreiten. Die Bauarbeiterkraft als Ganzes gibt den Achtstundentag nicht preis. Ueberdies hat sie, dem Ansturm des Gesamtunternehmertums zum Trotz, bis zum zweiten Drittel des Jahres, solange die Arbeitslosigkeit noch leicht war, ansehnliche Lohnsteigerungen erzielt. Ebenso hoch wie diese immer erfrischenden Erfolge darf die Bauarbeiterkraft die zentralen Lohnabkommen einschätzen. Denn sie haben die Lohnabwärtigung der Unternehmer doch recht weitgehend eingeengt, als die verhängnisvolle Wirtschaftskrise sowie der sehr herbegezeichnete Winter die Arbeitslosigkeit eisenhaft anzuwachsen ließ.

Ein Lebensbild über das Wirtschaftsjahr 1925 leitet die Jahresberichte wie auch in den früheren Jahrbüchern ein. Durch eine Reihe einschlägiger Angaben aus der öffentlichen wie der privaten Wirtschaft bestätigt dieser Bericht das Krisenhafte der allgemeinen Lage. Wohl hat sich als Folge des Dawes-Abkommens sowie des Locarno-Paktes in dem Verhältnis Deutschlands zu anderen Ländern eine gewisse Erleichterung angebahnt. Ein wirtschaftlicher Aufschwung ist jedoch noch nicht eingetreten. Verschiedene Gebiete des Wirtschaftslebens lassen gegenüber dem Vorjahr zwar eine schwächere Gefährdung erkennen; die Waren-erzeugung hat zugenommen, die Handelsverkehr hat mehr gewonnen als im Jahre vorher, Handel und Wandel, Einfuhr und Ausfuhr, der Geldverkehr, alle Gebiete zeigen fastlich ein Plus, aber dennoch liegt die deutsche Wirtschaft schwer danieder. Die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie aller sonstigen Nichtbesitzer leidet um so schwerer, je länger dieser krisenhafte Zustand anbauert. Die Lebenshaltung hat sich im Jahre 1925 für den nichtbesitzenden Volksteil keineswegs erleichtert. Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten sind zwar von Oktober an etwas gesunken, doch waren sie am Schlusse des Jahres mit 142,2 zum Hundert der Vorkriegszeit noch erheblich höher als am Jahresanfang, wo sie 135,6 betragen hatten. Demgegenüber hat sich die Lebenshaltung des Großhandels im Laufe des Jahres von 134 auf 131 vom Hundert der Vorkriegszeit vermindert. Der Lebenshaltung der großen Masse ist davon im Berichtsjahr noch nichts zugute gekommen. Die Baukosten gehören zu jenen Waren, deren Preise am Jahreschlusse durchweg erheblich höher lagen als am Jahresanfang.

Die Bautätigkeit war nach den amtlichen Mitteilungen über den Zugang an Gebäuden und Wohnungen erheblich stärker als im Jahre vorher. Aber was will ein Zugang von etwa 28 000 Gebäuden, darunter rund 16 000 Wohngebäude mit 50 000 Wohnungen in 42 Großstädten, 44 Mittelstädten (50 000 bis 100 000 Einwohner) belangen angesichts des noch immer ungeheurer großen Bedarfs an Wohnungen. Weber stellt eine derartig geringfügige Bautätigkeit die Wohnungslücken aufzuheben, noch viel weniger die auf Lohn und Brot angewiesenen Bauarbeiterkraft eine auch nur halbwegs ausreichende Arbeitsgelegenheit. Die Arbeitslosigkeit hat unsere Bundesmitglieder im Jahre 1925, wenn auch noch nicht so schwer wie im laufenden Jahre, so doch recht empfindlich heimgesucht. Es erübrigt sich, die Zahlen über die Arbeitslosigkeit im einzelnen zu wiederholen. Unsere Bundesmitglieder spüren sie am eignen Leibe unangenehm genug. Sie erfahren diese Zahlen zudem jede Woche aus dem „Grundstein“ und außerdem unterrichtet die im „Grundstein“ Nr. 35 veröffentlichte graphische Tafel über den Verlauf der Arbeitslosigkeit seit Beginn des vorigen Jahres. Wie schwer die einzelnen Berufe von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden, darüber möge folgende Lebensbilder unterrichten.

Arbeitslosigkeit von 100 der Berufsangehörigen am Schlusse der Monate	1924				1925				Jahresdurchschnitt
	Dez.	Marz	Juni	Sept.	Dez.	Marz	Juni	Sept.	
Maurer	20,1	10,9	0,6	1,7	62,6	12,2	22,1		
Hilfsarbeiter	27,8	19,0	4,8	7,1	49,9	16,6	33,9		
Betonarbeiter	21,8	11,9	5,1	10,2	66,8	16,0	28,2		
Stuckateure	20,1	7,3	2,0	9,1	42,1	11,3	19,8		
Hölz., Steinhölzler	2,5	6,1	4,3	8,6	10,3	5,3	7,9		
Töpfer	6,1	5,9	5,0	1,3	19,7	6,3	14,9		
Feinwerkzeug	4,6	3,0	1,8	1,8	23,6	5,8	11,6		
Wasser	8,6	9,6	5,6	3,1	14,6	8,2	12,4		
Hydrauliker	16,6	8,6	1,2	2,6	54,6	12,2	13,1		
Bau- und Maschinen	10,1	6,6	1,4	1,7	25,1	6,3	12,0		
Erdbauarbeiter	37,6	21,0	9,0	13,2	54,1	20,6	45,3		
Zusammen	22,7	14,3	3,2	4,6	47,8	14,1	26,9		

Wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, wurden die Bauarbeiter und die Hilfsarbeiter am stärksten von der Arbeits-

nehmen würde, erschien andern Tags im redaktionellen Teil ein längerer Artikel der Gipserrinnung. Für die Arbeiter kann uns nur eines geben: Sinaus mit der bürgerlichen Presse aus der Arbeiterwohnung, dafür die Arbeiterpresse, die jederzeit bereit ist, für die Unterdrückten einzutreten!

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Dresden. Bezirksjugendtag in
Meißen. Am 28. und 29. August fand in dem schönen,
alten Stadtkern Meißen der Bezirksjugendtag für Ost-
sachsen statt. Wohl an 600 jugendliche mären versammelt
gewesen hier, wenn es nicht noch größer; denn der Ein-
druck, den das Treffen machte, und auch sein Verlauf war
ungleich gewaltiger, als im vorigen Jahre der Jugendtag in
Pirna. So mußte es ja auch hier sein. Wir wollen vorwärts-
und nicht rückwärtsgehen. Erstlich: Was trafen als erste die
Frankenberger. Sie kamen in guter, froher Laune, mit
Blonde und beechen einen guten Verlauf. Die andern Jugend-
kollegen waren: am Mittwoch und später am Donnerstag. Die
sich die Möglichkeit bot, die Porzellanmanufaktur zur besichtig-
schenkte die Frankenberger Jugendkollegen nicht. Leider war
es nicht möglich, die Manufaktur allen zugänglich zu machen.
Im Laufe des Nachmittags trafen die Kollegen der andern
Quartiere ein. Sie wurden gleich vom Bahnhof aus in ihre
Wartungsquartiere. Denn sollte eine große Zahl nicht sich nicht
in Privatquartieren unterbringen, besonders nicht bei be-
schäftigten Wohnverhältnissen in Meißen. Allen Kollegen und
Genossen, die sich um die Unterbringung des Jungvolk von
Neu" bemühten, sei herzlich gedankt. Das Jungvolk mit
es ihnen nicht verzeihen, eine schöne Erinnerung an Gesell-
schaft und Solidarität bewahren und — das ist das
Wesentliche — es wird dem Tun der Genossen nachsehen.
Am Abend fanden sich alle, Jugendkollegen, ältere und Gesell-
geber, im Saale der Geißelburg zur Feiertunde ein.
Eine Ausstellung von Arbeiten aus den Jugendabenden, eine
Aufstellung der zur Jugendarbeit zur Verfügung stehenden
Schriften geigte, was geistigst werden kann. Besonders
Frankenberg und Dresden weitestwerden in der Menge und

auf einzelnen Baustellen noch unorganisierte Bauarbeiter für einen Stundenlohn von 65 bis 68 ¢ je Stunde arbeiten. Nachdem dies festgestellt war, erließen die Deutschen Berufsvereinigungen und -verbände, vertrat die Kollege-Mitglieder, in dieser Angelegenheit Wünsche zu schaffen. Abzahn gab Kollege Naberger einen Bericht von der Baustelle der Firma Polnisch & Böllner. Rummelrind findet dort die 2 1/2 je Stunde nachgefragt worden, und die Kollegen erhalten jetzt den ortsüblichen Tariflohn, was sie nur durch unsere Organisation erreichen konnten.

Stobien. (Zweierlei Maß) Reden des Bauunternehmens, als den natürlichen Feinden der Bauarbeiterschaft, ist das Erklärten des Bauengewerksbundes also manchen kaffischen Geistlichen sehr unangenehm, wie nachfolgender Brieffall beweist. Die Mitglieder der Bahlsche Metternich bei Stobien hatten sich am 8. August zahlreich eingefunden, um ihrem verstorbenen Kollegen Sarg zu legen. Die Bahlsche Metternich, die hier auch die Fahne der Bauarbeiterschaft mitgeführt werden sollte, das heißt, als sei dem Herrn Pastor von Metternich nicht und er „verloren“ kurzerhand den bereits zur Beerdigung angetragenen Bauarbeitern das Mitführen der Fahne im Trauerzug. Als unsere Mitglieder einer weiteren Aufforderung eines Beauftragten des Herrn Pastors gegenüber auf die Mitführung der Fahne bestanden, gab er nach und die Fahne wurde mit dem Sarg zusammengeführt. Die kaffischen Teilnehmer im Trauerzug waren zahlreich und der Beerdigung ihrem Unwillen über das laßte Verhalten des Pastors Ausdruck. Eine Anzahl von ihnen ließ sich von der kaffischen Behörden in Anstalt. Im öffentlichen Vorfallkommisse in Zukunft zu vermeiden, mandte sich der Vorstand unserer Bauarbeiterschaft am 8. August mit nachfolgendem Schreiben an den Herrn Pastor von Metternich: „Der Josephthal am 8. August 1886 anlässlich der Beerdigung“

folgendes zu unterbreiten: Die Eingreifen bei dem Taver-
zug und das zuerst gedrückte Verlangen die Fahne
des Reiches zu tragen. Die Taverzug zu verlassen,
hat große Erregung hervorgerufen. Die Fahne steht
unsern Mitgliedern das Zeichen ihrer wirtschaftlichen
Einigkeit und ihrer kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfs-
bereitschaft. Die Stellungnahme gegen unsere Fahne können
wir nur als ein Widerspruch des Freirechts betrachten und
wie sehen in der nachträglichen Zustimmung zur Mitführung
der Fahne das Zeichen dafür, daß Sie nicht gewillt sind
gegen die Volksgemeinschaft Stellung zu beziehen oder per-
sönlichen Kampfmassnahmen vorzugehen. Sollte dieses doch
Ihre Absicht gewesen sein, so hätte man sich verpflichtet
gesehen, die Fahne nicht mitzuführen, sondern zu zerstören.
Unsere 2500 Mitglieder im Wirtschaftsbezirk Stollberg
sind zu mehr als 90 % der katholischen Kirche angehören, befehle
auch die Erregung dort; es ist nach uns gewordenen Mittei-
lungen beabsichtigt eine Weismar aus der kirchlichen Be-
schränkung zu lassen. Wir haben jedoch darauf hinge-
wirkt, daß dies vorab nicht geschieht, da unser Bund in
solchen Fragen auf unbedingte Neutralität bedacht ist. Es
würde jedoch unerwünscht, wenn der untergeordnete Vorstand in
die Lage versetzt würde, den Mitgliedern ein entprechendes
Verständnis zu vermitteln. Die Fahne ist ein heiliges Zeichen
unserer Volksgemeinschaft beabsichtigt man jedoch nur ein-
mal durch persönliche und sonstige Umstände hervorgerufenen
Widersstand vorlag, vorzugehen. Damit würde u. S. der
Mitgliedschaft in befriedigender Weise und resillos beizuge-
hen.

[illegible]

Geweiht die Antwort des Herrn Pastors. Da sie
 eine weitere Herausforderung als eine entscheidende Er-
 klärung darstellte, fasste die Mitgliederversammlung die
 Beschlüsse. **Die Mitglieder** am 21. August nach einem
 Defekt des Kollegen Rosenzweig über: „Die freien
 Gewerkschaften und ihre Gegner“ nachstehende Ent-
 scheidung: „Die Mitglieder der Bezirksversammlung
 stehen in dem Antwortschreiben des Herrn Pastors
 eher eine Herausforderung als eine Bescheidung der Vorfalls.
 Eine geeignete Antwort wird demnächst in der
 Person des Pastors anlässlich der Beerdigung des
 Kollegen Miz und die in Antwortkreisen wiederholte Her-
 ausforderung ist nach Ansicht der Bezirksmitglieder
 nicht geeignet, Vertrauen in die lokale Ansiedlung der
 Seelforgeantzen durch den Pastor Schütz zu stärken.
 Der Vorfall in Welterreich zeigt wieder einmal mit klaren
 Deutlichkeit, daß die Gegner der freien Gewerkschaften in
 friedlichen Lager ihren alten, vorurteilsgelastigen Stand-
 punkt nicht geändert haben. Dem Herrn Pastor wird
 Welterreich aber raten nicht, in Zukunft sich nach der
 Sprichwort zu verhalten: „Man schreit nicht schreit.“
 Der Pastor Rosenzweig schreift sich nicht an, was
 der Pastor Schütz schreift sich nicht an, was

vielen Orten kommen dauernd Klagen, daß die Unternehmer sich über das bestehende Recht hinwegsetzen und un- oder unterbegründete, besonders Mißsarbeiter, zu niedrigeren Löhnen als laut Tarif beschäftigen. Sehr häufig wird auf den Baustellen unterliegen, Bauverleierte zu wählen, so daß auch dies wichtige Recht ungenützt bleibt. Zahlreiche Fälle sind auf Eingreifen des Baugewerkschaftsvorstandes zugunsten der Kollegen ergebnislos worden. Immer aber hängt der Erfolg von der Stärke der Organisation ab. Deshalb ist es ein Gebot der Stunde, den letzten Bauarbeiter in unsere Reihen zu holen. Wir Baugewerksbündler müssen auch fernerhin in unserm feindlichen Gebiet und unsern finsternen Winkeln allen leuchtend vorangehen. Vorwärts immer, rüdwärts nimmer; es kämpft sich nicht schlecht für Freiheit und Recht!

Stuttgart. (Besichtigungsfahrt.) Unsere Bau-
gesellschaft unternahm am 16. August in Gemeinschaft mit
dem Gesangverein „Gewinnia“ einen Ausflug nach Heilbronn
und Koenigsberg. Früh morgens fuhren wir nach Heilbronn
in Feuerbad, Ruffenhäuser, Ludwigsburg u. s. w. Hier
nach einem kleinen Stillstand mit ein. Von Heilbronn aus ging es
mit dem Motorboot nach Koenigsberg, wo das Radar-Staum-
werk nebst Elektrizitätswerk und Schleuse besichtigt wurden.
Nach kurzer Rast fuhren wir nach Heilbronn zurück und
besichtigten dort das Werkseil der Gewerkschaftsbrücke. Die
alte, kleine, hölzerne Brücke ist sehr schief und niedrig; die
Jugend trieb Wasserposten und besichtigte die Sechensündigen-
zeiten des Städtchens. Abends 8 Uhr wurde von den Heil-
bronnern Abschied genommen, und mit Gesang ging es
wieder den heimathlichen Geßiben zu. Dieser Ausflug kann
als gut gelungen angesehen werden. Alle werden sich
der schönen Stunden erinnern, die sie verlebte haben. Sie
trugen dazu bei, die Bande, die den eingemalten mit unserm
Vande verbinden, inniger zu gestalten.

Aus den Kochgruppen

Glafer.

Berlin. Ein zutreffendes Bild über die Lage im Glasergewerbe gibt der Arbeitsnachweisbericht vom August. Zu Beginn dieses Monats waren 274 arbeitslose Glaser eingetragen. Neu eingeschrieben wurden 62, das ergibt 336 Meldungen. Vermittelt werden konnten nur 25, gestritten — weil nicht zur Kontrolle gestellt — wurden ebenfalls 25, so daß am 31. August noch 286 Erwerbslose vorhanden waren, darunter 3 Weiglaser und 3 Glasmaler. Kollegen, meidet Berlin!

Hamburg. In der am 2. September abgehaltenen Versammlung mittele Kollege Saumann dem verstorbenen Kollegen und langjährigen Mitglied Gustav Hartung einen Nachruf. Die Versammlung ergriff das Angelegenheiten in der üblichen Weise. Hierzu berichtete Kollege Arthur Müller über die Arbeitsnachweise, die Ergebnisse im August. Erfreudendweise sei keine Erhöhung der Erwerbslosenziffer eingetreten, die Vermittlung sich aber gegenüber Juli um 8 Stellen geringer gewesen sei. Vermittelt wurden 21 Stellen. Die Durchschnittszahl der eingetragenen Erwerbslosen betrug 64. Schließlich der in der Juliversammlung erbobenen Beschlüsse die über die häufige Einführung von Arbeitsstellen, die die Erwerbslosen zu wenig ausgenutzt werden müssen. Die Angaben der Vermittlungsstelle waren jedoch richtig. Die Versammlung beschäftigte sich darauf mit einigen Tariffragen. Unklarheit herrschte über den Forderungssatz. Er lautet: „Jeder unter den Vertrag fallende Geselle hat innerhalb 12 Monaten, nach einer

Versorgungsdauer von 36 Wochen, Anspruch auf drei Tage Ferien. Geseßten, die im Jahre 1924 (bezugnehmend 1925) Ferien gehabt haben in einem und demselben Betrieb, sollen in diesem Jahre Ferien in gleicher Dauer bis auf 4 Tagen haben. Es erhalten ferner je zwei eiltägig beschäftigte Gesellen im gleichen Betrieb nach und nach unterbrochener Versorgungsdauer von einem Vierteljahr ein Ferientag. Der letzte Satz bezieht sich nur auf zeitweilig beschäftigte Gesellen. Nach einer Versorgungsdauer von 36 Wochen kommt der Teil der Ferien in Betracht. Grundsätzlich des Anspruches auf Urlaub und Wegegebe ist die Bestimmung, daß bei Arbeiten außerhalb der Grenzen Groß-Samburgs die Ausganspunkte tariflich festgelegt sind. Die Ausprache ergab, daß einige Grenzpunkte genauer urteilen werden müssen. Wegen Vermeidung der Wegegebe wurde von einem Kollegen. Beförderungen erhoben. Der betreffende

Unternehmer wird zur Einhaltung seiner tariflichen Berufspflichten aufgefordert werden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß der Schmuggelparagraphabesserung bedürftig ist. Im für die im nächsten Jahre stattfindenden Tarifverhandlungen das nötige Material für einbestimmte Anzahl von Angehörigen des Berufs zu beschaffen, wird durch die Differenzen zwischen den Tarifparteien unmöglich gemacht. Vom Kollege Kuchel wurde beantragt, bei der Paulspitze eine Eingabe zu machen, daß bei Wohnhausneubauten kein bestehendes Fensterfüßel mehr verwendet werden dürfe. Hierzu erklärt Müller, daß demnach Fragebogen herausgegeben werden, um Material für diese Eingabe zu sammeln. Müller wies dann nochmals auf die Unfallgefahr in unserm Berufe hin. Der einzige Schaden beim Transport eines Spiegelschleifers sei ein Sturz, lege so erheblich mehr Gefahr als bei anderen Berufen dar. Derartige gefährlichen Arbeiten ist es Pflicht der Kollegen Vorkehrungen zu treffen und ihre Mitarbeiter vor Unfällen zu schützen. — Unsere Damperfahrt am 8. August ist zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten verlaufen. Für das nächste Jahr ist aber eine weit größere Beteiligung notwendig, um wieder eine solche Ausfahrt durchführen zu können. Zu dem am 2. Oktober in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses stattgefundenen Vortrage unserer Berufslehre wird keine Beteiligung verlangt, da dieselbe doch auch durchbrochen werden kann.

Genä. Am 28. August fand eine außerordentliche Versammlung statt. Bedauerlicherweise hat es aber ein Teil unserer Kollegen trotz brieflicher Einladung nicht für nötig, die Sachgruppenversammlungen zu besuchen. Die Versammlung beschäftigte sich haupt-

Aus den Baugewerkschaften

Jöbelsbüren. In der gut besuchten V e r s a m l u n g am 1. September sprach Kollege K i p e r, Osnabrück, über „Antif- und Organisationsfragen“. Seine Ausführungen waren ein Wahrspruch an die Kollegen, die unserer Bewegung noch fernstehen. Danach gab Kollege M ö s e n e r Aufklärung in einigen dringenden Angelegenheiten und erstattete Bericht über die am gleichen Tage von Kuper und Mösenor vor- genommene Passivistenkontrolle. Es wurde festgestellt, daß

fächlich mit Werkstattangelegenheiten. In einer Werkstatt sind zwei junge Kollegen beschäftigt, die nicht den tariflichen Lohn bekommen. Diesem tarifwidrigen Verhalten soll abgeholfen werden. Die Meister sind stets bemüht, den Lohn zu drücken. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Glaser immer dem Meistertum geschlossen gegenüberstehen. Darauf beschloß sich die Versammlung mit der Veranstaltung eines Vergütungsanlasses anlässlich unseres einunddreißigjährigen Gründungstages. Es wurde beschlossen, einen Ausschuß von 3 Kollegen einzusetzen, der die nötigen Vorarbeiten leisten soll. Von den eingeladenen Inorganisierten waren drei erschienen, von denen sich zwei Kollegen in unsern Bund aufnehmen ließen. Vor dem Stenogramm in Jena eine Glaserwerkstatt mit 5 Inorganisierten unbekannt gewesen. Diese fünf haben noch nicht den Begriff der Gewerkschaften erkannt. Auch sie werden noch das Schicksal, das in ihrer tarifwidrigen Arbeit liegt, erkennen. Hoffentlich ist es dann nicht zu spät.

Höfeler.

Cassel. Am 29. August hielten wir eine gut besuchte Versammlung ab. Unser Obmann, Kollege Kauer, erstattete Bericht über den in Berlin gefällten Schiedsspruch. Da der Schiedsspruch für uns wesentliche Verschlechterungen bringt, wurde er einstimmig abgelehnt. In der hierauf folgenden Wahl eines Obmannes wurde Kollege Kauer wiedergewählt. Seine Anschrift ist jetzt: Cassel, Wettinhausen 13, III.

Stukkateure und Putzer.

Tübingen. Der Streik der Gipser ist am 1. September mit befriedigendem Erfolg beendet worden. Der Lohn wurde auf 1,12 M vereinbart, während die Gipserarbeiter den Lohn der Bauhilfsarbeiter, nämlich 82 P, erhalten sollen. Es wird nun mit den Unternehmern wieder ein neuer Vertrag abgeschlossen, wozu die Herren vorher keine Neigung hatten. Tübingen. Für Gipser ist der Zugang nach Tübingen gesperrt, da die Kollegen in einer Lohnbewegung stehen.

Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

Hürtenwalde a. d. Spree. Eine Dienstfirma Camillo Bütner in Hürtenwalde sucht im Lohnunterorgan Offener. Die Firma erbittet Zuschriften über Lohnanträge und bemerkt, daß sie Stoff und Logis gibt. Wir machen darauf aufmerksam, daß für Hürtenwalde der Wandenburg Dienstleistungsamt gilt und Sonderabmachungen mit den Unternehmern nicht zulässig sind. Kollegen, die bei der Firma in Arbeit treten wollen, müssen sich vorher an die dortige Bau-Gewerkschaft wenden.

Hamburg. In unserer Versammlung am 25. August hielt Kollege Waritz einen interessanten Vortrag über neues Schiedsgericht. Herr Direktor Pollo, Weihen, aus dessen Feder die neuen Artikel kommen, hat angekündigt, daß bei glatten Fällen 25 % und bei Unklarheiten etwa 30 % an Arbeitslohn gewährt werden sollen. Scharfhand hat es sich um eine große Arbeitslosenfrage und die Kollegen sind sich einig, daß sie sich mit den Dingen befassen. — Darauf gab Kollege Artur Müller einen Bericht über die Arbeitslosigkeit. Im Januar hatten wir 107 Arbeitslose, vermittelte wurden 8 Kollegen, im Februar 194, vermittelte 22, im März 118, vermittelte 17, im April 118, vermittelte 44, im Mai 107, vermittelte 25, im Juni 107, vermittelte 18, im Juli 146, vermittelte 88. Im August ist anscheinend die Nachfrage nach Offenern etwas stärker als im Vormonat. Von vielen Kollegen wird der Antrag gestellt, die Art der Arbeitsvermittlung wieder zu ändern. Müller schlägt vor, daß die Fachgruppenleitung zur nächsten Versammlung entsprechende Vorschläge machen soll. Die Aussprache über diesen Punkt war sehr lebhaft. Zunächst sprach Kollege Rasch, darauf Kollege Hellerich von der in der vorliegenden Versammlung gewählten Kommission. Es wird gewünscht, daß der Streik nachher mitteilt wird. — Der Obmann vertas darauf ein Schreiben des Herrn Werner Fraß, der — bei genügender Beteiligung — einen Offenerkursus abhalten will. In der Sache Moritz, Saxburg, sind die Verhandlungen am 4. August gescheitert; deshalb tritt am 27. August der Schiedsgerichtsausschuss an endgültiger Entscheidung zusammen. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Kamenz i. Saachsen. Am 12. August hielt Kollege Waritz, Hamburg, einen Vortrag über die Gründung des Keramikbundes des Fabrikarbeiterverbandes. In seinen Ausführungen schilderte er die jahrelangen Bestrebungen unseres alten Verbandes, einen selbstständigen Keramikbundesverband in Leben zu rufen, das jedoch auf einer gemeinsamen abgehaltenen Generalversammlung der Töpfer, Porzellan- und Glasarbeiter im Jahre 1918 an der ablehnenden Haltung der Glasarbeiter scheiterte. Nachdem unter Verleumdung von neuem aufzunehmen, gescheitert war, folgten wir dem Ruf des Vorstandes des ehemaligen Bauarbeiterverbandes und traten am 1. Januar 1923 dem neugegründeten Bau-Gewerksbund bei. Daß wir diesen Schritt nicht zu bereuen brauchen, beweisen die Lohnkämpfe, die wir mit Hilfe des Bundes bisher geführt haben, und das Vertrauen, das dem Bund von den Kollegen allseitig entgegengebracht wird. Wenn hier und da einige Kollegen für den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband eintreten, dann sind es meist jene, die im Jahre 1925 erhobenen Kampfbeiträge nicht zahlen wollten. Soweit sich bis jetzt überblicken läßt, lehnt die große Mehrheit der Töpfer eine erneute Inorganisierung ab. Mit dem Fabrikarbeiterverband sei ein Abkommen getroffen, wonach eine gegenseitige Agitation unter den beiden Verbänden bis zur endgültigen Entscheidung der Töpfer auf ihrem nächsten ordentlichen Tagungstag unterbleiben soll. Wo trübten Verhältnisse von Angehörigen des Fabrikarbeiterverbandes vorliegen, müsse dies dem Bundesvorstand mitgeteilt werden. Alle unsere Kollegen haben die Pflicht, den Beschluß des im Jahre 1927 stattfindenden Tagungstages abzuwarten. In der längeren Aussprache kam zum Ausdruck, daß sich die meisten Mitglieder für das Verbleiben beim Bau-Gewerksbund aussprachen. In seinem Schlusswort ging Waritz noch besonders auf die Ausführungen über die Kampfbeiträge von 1925 ein; die großen Kämpfe im Bau-Gewerbe hätten große Opfer erfordert; auch unsere Kollegen waren an diesen Kämpfen in erheblichem Maße beteiligt. Ein anderer Weg als die Erhebung von Extrabeiträgen war nicht möglich, wenn die im Kampfe stehenden Kollegen er-

Für die Woche vom 12. bis 18. Septbr. ist der 38. Bundesbeitrag für 1926 zu zahlen.

folgreich durchzuführen sollten. Dieses Ziel wurde erreicht; damit hat der Bund seine Aufgaben glänzend erfüllt. Nach Erledigung einiger weiterer sachlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Bau-Gewerksbund.

Magdeburg. Hier beschäftigt sich eine gut besuchte Mitgliederversammlung am 4. September mit heiztechnischen Fragen. Als Referent war der Obmann der Heiztechnischen Kommission, die bisher nur von Unternehmern gebildet war, Herr Gasse, gewonnen worden, der ausführte: Die Heiztechnik habe mit Freuden die Gelegenheit ergriffen, um mit den Töpfen diese Frage zu behandeln. Schon in den neunziger Jahren sollte die Heiztechnik dem Kachelofen den Garaus machen. Die Heiztechnik sei gut besetzt, stelle zur Zufriedenheit aller Teilnehmer Grundfrage auf, um dem Kachelofen wieder die alte Geltung zu verschaffen. Im Dezember 1907 wurde die erste Heiztechnische Kommission eingesetzt. Sie trat in München zusammen und stellte ein vollständiges Programm auf. Alles konnte nicht erreicht werden; der Individualismus hat manches zurückgehalten. Aber auch die Geldmittel reichen nicht aus, um mehr zu schaffen. Der Verband der Kachelofen-Fabrikanten gab 20 000 M her; damit konnte die Schule in München eingerichtet werden. Auch in Berlin wurde eine Schule eingerichtet. Die Schüler werden in allen heiztechnischen Fragen theoretisch durchgeleitet zu Pionieren, die den guten alten Kachelofen wieder zum Erfolg bringen sollen. In erster Stelle steht in diesem Streben Herr Gasse. Seine Vorträge und Mitteilungen bringen dem Kachelofen wieder zur Geltung. Die feinsten Spezifikationen hat dem Kachelofen viel gebracht. Endlich hat sich das Gewerbe bekommen; der Kachelofen kann in seinem Aussehen heute wieder als modern angesehen werden. Es war höchste Zeit, daß der alte Kachelofen, der sich in der Ornamentik entwickelt hatte, verschwand. Wir brauchen keine Kacheln und keine Wärme im Zimmer. Das konnte der alte Ofen nicht geben. Heute wird der Ofen auf Grund der Vorschläge aus unsern Schulen nicht mehr hoch, sondern tief gebaut. In Magdeburg besteht eine Heiztechnische Kommission, allerdings nur aus Meistern. Eine vollständige Umstellung ist nötig. Es müssen vor allem Fachkontrollen eingesetzt werden. Ein schlecht gefertigter Ofen verdirbt mehr, als 10 gute wieder gutmachen können. Unser Gewerbe ist eine Vertrauenssache. Wir sind voneinander abhängig und müssen uns gegenseitiges Vertrauen erwerben. Hunderte von Ofen wurden abgebrochen worden, weil sie den Anforderungen an die Heizkraft nicht genügten. Die Meister müssen die Ofen auf ihre Kosten nach der Vorschau der Arbeitslosen wieder umsetzen. Auch in Magdeburg ist die Arbeitslosigkeit notwendig. Der Kaufmann treibt mit unserm Gewerbe Kaufmann. Er nicht die Ware aus, sondern die Möglichkeit und Verkaufsarbeit mitzuweisen. Der Kaufmann gibt den Artikel auf, wenn er nicht mehr geht. Wo aber bleiben die Ofenhersteller? In enger Zusammenarbeit zwischen Meistern und Ofenherstellern kann für die Allgemeinheit viel geleistet werden. Wenn überall einwandfreie Kachelöfen geliefert würden, dann reichte die Zahl der Fachleute nicht aus. Besonders der transportable Kachelofen ist der beste Beweis für diese Behauptung; er ist nur Handelsobjekt und wird nie den Bedürfnissen genügen. Wir müssen Qualitätsmaterial und Qualitätsarbeit auf den Markt bringen. Die Grundfrage des Schiedsgerichts liegt in der einstimmigen angenommen worden. Die Hauptaufgabe erblickt nicht in der Heizkraft, der Ofenhersteller ist nötig, aber der Praktiker gibt dem Ofen die Wärme. Es darf nur noch Qualitätsarbeit angeboten werden; der Ofen als Material, aber auch als schlechter Arbeit, schädigt das Gewerbe. Das Schiedsgericht ist eine der schlimmsten Büten; solange bei den Heiztechnischen der Standpunkt gilt, daß die Möglichkeit der Arbeit zu geben, bleibt manches im argen. Wenn wir solche Ofen bauen, dann schädigen wir uns selbst. Reisten wir Qualitätsarbeit, dann können uns alle anderen Systeme der Heiztechnik nichts anhaben. Der gute alte Kachelofen kann sich nur durch gute Arbeit halten. — In der Aussprache erweiterte Kollege Rüdolf, daß die Unternehmer an den „Eisgräben“ die meiste Schuld tragen. Das Material für die Schmelzöfen taugt nicht; der Rehm in Magdeburg ist für die Heiztechnik nicht zu gebrauchen; der Zusatz von Sand bringt keine Heizkraft. Haben wir gutes, einwandfreies Material, dann verfluchen auch die Klagen. Daß der transportable Ofen nicht taugt, muß den Leuten gesagt werden. Nachdem Kollege Gasse auf die Zusammenarbeit in einer Heiztechnischen Kommission hingewiesen, stimmte die Versammlung einstimmig der Mitarbeit zu und wählte die Kollegen Bindner und Gasse in die Kommission. — Dann wurde noch die Frage des Keramikbundes Verbandes angesprochen. In Magdeburg bestehen keine Kachelofenfabriken mehr; es werden nur noch Ofenhersteller und Glaserhersteller in Ofenherstellung beschäftigt. Die Kollegen sind einmütig der Meinung, daß der Bau-Gewerksbund ihre zukünftige Organisation ist, und nur er als ihre Interessenvertretung anerkannt werden kann.

Nürnberg. Die Ofenhersteller haben nach langen Verhandlungen ihre Absicht der Lohnreduzierung aufgegeben. Es wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, nach dem der Spitzenlohn von 1,50 M beibehalten bleibt. Wieder einmal viel Ärger um nichts!

Tübingen. Ofenhersteller stellt sich ein Wohlgemut, Lades in Pommern, im Bahnhof Nr. 3.

Tübingen. Ofenhersteller stellt ein Heineimwerk G. m. b. H. in Pommern.

Vom Bau

Annaberg. Beim Zufüllen der Grube am Wasserleitungsbau der Reichsbahn auf Station Annaberg verunglückte ein Arbeiter durch Einsturz einer Grubenwand. Die Leiche des Einsturzes ist das vorzeitige Entfernen der Aufstiegsbohrer. Die Leiche liegt vornehmlich aus berufs- und organisationsfremden Arbeitern. Der Verunglückte trug Schaden am Unterleib davon und ist für längere Zeit erwerbsunfähig.

Jena. (Bautenkontrolle.) In der Woche vom 28. bis 28. August hat die Bauarbeiter-Kontrollkommission 25 Hochbauten und 4 Umbauten kontrolliert. Auf 5 Baustellen fehlten die Unfallverhütungsvorschriften und auf weiteren 5 war keine Baubau vorhanden, 3 Unterfundsträume waren in Kellern untergebracht, zweimal diente die Ofen eine Gartenlaube, ein Wäschhaus und einmal diente ein Kellergang als Unterfundstraum. In 5 Aufstiebsräumen fehlten die Treppen und in 3 Fällen dienten Treppen und Treppen als Treppen. In 4 Bauwerken waren keine Fenster und in 5 wurden Baustoffe gelagert. Auf 5 Baustellen fehlte der Verbandskasten und einmal fehlte teilweise der Inhalt. Baustelleneigentümer fehlten auf 5 Baustellen, auf allen anderen war davon nichts zu merken. Die Vorarbeiten entsprachen einigermassen den Anforderungen, jedoch fehlten auf 8 Baustellen die Willen; Willen fehlten durchweg. Der Gerüstbau war in einigen Fällen sehr schlecht; dreimal wurden die zu schwachen Stäbe verwendet, so daß sie sich durchgebogen hatten. Die Drahtbinder waren sehr häufig, anstatt mit Mankern, nur mit Nägeln befestigt. Unterstellmatten beim Gerüstbau wurden von 2 Firmen brennend. Schutzhüte fehlten überall. Von den Leitern gingen genügt 3 nicht den Ansprüchen, teilweise waren auch die Stößen in schlechtem Zustand. Träger- und Balkenlagen waren dreimal nicht abgedeckt. Bei den Dachdeckerarbeiten fehlten dreimal die Schutzgitter und zweimal die Sicherungseinrichtungen. In einem dreistöckigen Haus fehlte von der ersten Etage bis zur Dachkante keine Schutzgitter. Bei Zimmereinbauten fehlten in den Treppenhäusern in 5 Fällen die Abstechungen und neumann waren Kesseln von Balkenstäben usw. nicht abgebeert; sehr häufig fehlten auch Geländer. Die Lieberung der Baustellen ist ungenügend; 3 Baustellen sind in diesem Jahre noch von keiner behördlichen Stelle kontrolliert worden. Einige Baustellen wurden auf Veranlassung der Bauarbeiter-Kontrollkommission von der Bau-polizei kontrolliert. — Das Ergebnis unserer Kontrolle ist nicht befriedigend. Unsere Kollegen müssen weiterhin ihr Augenmerk auf die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften richten, damit ihr Leben und ihre Gesundheit nicht unnötig gefährdet wird.

Allgemeine Rundschau

Am 21. August 1901, vor nunmehr 25 Jahren, wurde die gewerkschaftliche Internationale gegründet; ein Zeichen für die gewaltige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung aller Länder. Damals hatten die freien Gewerkschaften in Deutschland einen Mitgliederbestand von nicht ganz 700 000 aufzuweisen bei einer Gesamtbevölkerung von etwas über 56 Millionen. Jetzt, 25 Jahre später, ist der Mitgliederbestand auf fast 4 M. Millionen gestiegen, während die Gesamtbevölkerung nur umbeinahe (82,5 Millionen) zugenommen hat. Singulär kommt hier noch die mit dem WGBD. kartierten Verbände des WGBD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ihre Mitgliederzahlen liegen unter denen des WGBD, naturgemäß zurück, beweisen aber, daß der Gewerkschaftsbund in neue Kreise eingebunden ist, die ihm bisher gleichgültig oder gar feindselig gegenüberstanden. Aber alles ist noch erst Beginn. Anständig viel bleibt noch zu tun, stets neue Aufgaben sind zu lösen, neue Schwierigkeiten zu überwinden. Auch entspricht die Stellung und das Ansehen der Gewerkschaften noch lange nicht ihren berechtigten Wünschen und der Zahl derer, für die sie kämpfen. Denn das Gebiet der Gewerkschaften umfaßt die gesamte Kopf- und Handarbeiterkraft, umfaßt somit den überwiegenden Teil der gesamten Bevölkerung. Soll nun die Macht der Gewerkschaften gestärkt werden, so müssen sich auch die offenen in den Gewerkschaften bekennen, die zwar aus ihnen Nutzen ziehen, im übrigen aber intersektuell bestehen. In all, die noch nicht zu uns gehören, ergibt deshalb der Ruf: Organisiert Euch!

Konjunkturforschung in der Bauwirtschaft. In Köln ist eine „Gesellschaft der Konjunkturforschung in der Bauwirtschaft“ gegründet worden. Wenn man so etwas liest, so ist man geneigt, anzunehmen, daß es sich hier um eine sehr geringfügige Sache und, naturgemäß, auch eine rechtliche Angelegenheit handelt. Denn ist aber nicht so. Der Ziel dieser neuen Gründung lautet nämlich vollständig folgendermaßen: „Gesellschaft der Konjunkturforschung in der Bauwirtschaft und zur Befämpfung der Wohnungsnot im Wohn- und Bauwesen und zur Befämpfung der Hauswirtschaft.“ Nunmehr wird jeder wissen, was es mit der neuen Gründung auf sich hat. Sie stellt eine reine Interessengruppe dar, dazu angelegt, Dumme einzufangen. Ein neuer Beweis, wie rübig die Hausbesitzer sind, um die antilige Regelung des Wohnungswesens zu befähigen.

Weiterer Rückgang der Konjunktur und Geschäftsaussichten. Der Rückgang der Konjunktur, der in den letzten Monaten ein schnelleres Tempo einschlug, hat sich auch im August fortgesetzt. Gatten wir im Februar noch über 2000 Konjunktur, so erreichte die Zahl vom August noch nicht einmal den vierten Teil dieses Höchststandes. Selbst wenn man die Zahl der Konjunktur und Geschäftsaussichten aufsummieren, so kommt noch lange nicht der Monatsdurchschnitt der Vorperiode heraus. Die Entwicklung der letzten Monate folgende Tabelle:

	Konjunktur	Geschäftsaussichten
1925 Monatsdurchschnitt	901	455
1926	1. Wertesjahr	1489
	2. "	1051
Juli	"	682
August	"	490

Wenn die Zahl der Konjunktur ein Spiegelbild der Wirtschaft wäre, so brauchen wir uns wahrheitsgemäß in Deutschland über nichts mehr zu beklagen. Leider ist dies nicht der Fall, sondern es liegt wesentlich anders, wenn man beispielsweise den Arbeitsmarkt zur Grundlage der Betrachtungen nimmt.

Nur 33 Anzeigen! Bei der Behandlung der Frage der produktiven Gewerkschaftsorganisation wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß die Bauwirtschaft dadurch künstlich erschwert werden, weil erst eine Unmasse Instanzen passiert werden müssen, um die Baugewerkschaft zu erhalten. Es wurde kürzlich festgestellt, daß jemand, der in Berlin bauen will, 38 verschiedene Anträge stellen durchlaufen muß, ehe er glücklich

Aus dem Fach für das Fach

Wohnung und Siedlung auf der „Gesolei“.

Von Dr. Max Grünewald, Darmstadt.

Die Ausstellung in Düsseldorf für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge, Volkshygiene („Gesolei“) hat in richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit von Wohnung und Siedlung für die neuzeitliche Hygiene eine Hauptgruppe ihrer Schau dem Wohnungs- und Siedlungsweien gewidmet. Wir sehen die neuzeitliche Wohnung von den Anfängen bis zur Neuzeit und die Zusammenhänge mit ihrer Umgebung und ihrer Versorgung mit hygienischen Einrichtungen. Es werden alle technischen Errungenschaften gezeigt, die zum gesunden Wohnen notwendig sind. Dabei ist besonders der erst in den letzten Jahren erkannten Notwendigkeit der Siedlungsplanung für große einheitliche Wirtschaftsgebiete gedacht.

Das Dresdener Hygienemuseum stellt ausgezeichnet gearbeitete Modelle zur Schau, die die Entwicklung der verschiedenen Wohnungs- und Siedlungsformen zeigen. Den Wohnbedürfnissen dient eine einfache Hütte als Wohnung; die einzige Ausstattung ist die Feuerstätte. Auch die jungsteinzeitliche Hütte ist noch kein befriedigender Wohnraum. Etwas voranschreitender erreicht das spätschönezeitliche Haus mit gut gerichtetem Dach. Neben den Einzelhäusern der Naturvölker gibt man vorfällige Siedlungen, die gegen den Einbruch wider Tiere und den Mordfall feindlicher Stämme starke Schutzvorrichtungen aufweisen. Das Salust-Haus in Pompei mutet in seiner großen räumlichen Ausdehnung schon dem luxuriösen an.

Die Städteentwicklung bringt den Viletagentbau. Querschnitte durch Bürgerhäuser des 18. Jahrhunderts lassen kleine und wenig beleuchtete Zimmer erkennen. Wohl als Folge der früher bei den Städten üblichen Befestigungsanlagen sind die hohe und dichte Siedlung in den begrenzten Wohnraum eng gehalten worden. In diesem Zusammenhang ist besonders erwähnenswert das große Modell Düsseldorf vor der Entfaltung. In zahlreichen Abschnitten und Darstellungen wird der neuzeitliche Wohnungstyp gezeigt und besonders des Einmütienshauses gedacht. Junge Musterhäuser sind erdichter: Das Mittelstands-Musterhaus, das Arbeiterwohnhaus, das Haus des geistigen Arbeiters, das Haus des Bildhauers und das des Bauers. Das Praktische ist mit dem Angenehmen verbunden. Das Mittelstandshaus zeigt eine mühevollste innere Raumeinteilung. Die Küche ist groß und als ständiger Aufenthaltsraum gedacht, die großen Fenster lassen genügend Licht herein. Das Charakteristische des Arbeiterwohnhauses besteht in der klugen Ausnutzung des Raumes, besonders durch die manchmal verblüffend wirkende Verwendung des Wandbänkeles. In der Küche nehmen eingebaute Schränke Gestalt und Platz an. Über der Badewanne liegt bei Wiedernutzung ein Deckel, der als Wärmegedächtnis gedient werden kann. Ein Junfers Warmwasserapparat versorgt Küche und Spülstein im ganzen Hause laufend mit warmem Wasser. Das Arbeiterwohnhaus ist schlüsselfertig mit Einbauten 8000 M.; die bebaut Fläche beträgt 30 Quadratmeter.

Bei den drei anderen Musterhäusern ist auf die Eigenart der Tätigkeit des geistigen Arbeiters, des Bildhauers und Malers Rücksicht genommen. Es wird der Nachweis geliefert, daß man mit wenig Mitteln brauchbare und schöne Räume herstellen kann.

Das Gebiet der Planung ist durch zahlreiche Sondergruppen dargestellt. Die Vertreter der Bodenreform wie der Haus- und Grundbesitzer kommen hier zu Wort. Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk ist vertreten mit Wirtschaft-, Verkehrs- und Siedlungsplänen. Bei der Schaffung von Grünflächenanlagen, Freizeitanlagen und verschiedenen Gartenformen wird besonders der Natur- und Gebrauchszweck hervorgehoben. Die aufsteigende Industrie hat eine Konzentration von Betrieben auf engem Raum mit sich gebracht. Der Städtebauer muß deshalb nicht nur künstlerische, verkehrsmäßige und Verkehrsbedürfnisse, sondern auch Hygienische und Sozialhygienische sein. Die planlose Entwicklung der Städte in der Mitte am Ende des 19. Jahrhunderts brachte eine Durchwanderungswirbelung von Geschäften, Wohn- und Industriezweigen; hier wäre eine saubere Scheidung besonders zu begrüßen. Die Wohnungen sollen außerhalb des Verkehrs, aber nicht im Rauch der Fabrikschornsteine liegen. Man soll deshalb die Fabriken auf Land verlegen und durch gute verkehrstechnische Anlagen Wohnplätze und Arbeitsplätze bequem verbinden. In gesundheitlicher Hinsicht spielt die Verteilung der Grünflächen eine große Rolle, weil sie wesentlich zur Reinhaltung und Sauerstoffversorgung der städtischen Stadluft beiträgt.

Die technischen Einrichtungen gesunden Wohnens sind in reichhaltiger Form wiedergegeben. Bei Betrachtung des Brauchschutzes ist besonders beachtenswert der 40 Meter hohe Feuersturm aus Gipsportlandzement. Wir bekommen in einer besonderen Halle einen Überblick über das Feuerlösch- und Rettungsweien. Die Entwicklung im Laufe der Jahrhunderte wird in unterhaltender Form vor Augen geführt. Ein zierliches Diorama zeigt die Brandursachen in Haus und Hof. Zu Anknüpfung an die Feuerwehrausstellung ist eine Wasser-Brandtransport- und Unfallstation eingerichtet, die auch den praktischen Unfalldienst auf der Ausstellung vertritt.

An der Sondergruppe Wasserwerkleitung sehen wir in einer historischen Abteilung die geistliche Entwicklung von der fabelhaft-schönen Zeit bis auf den heutigen Tag. Ein in Betrieb befindliches Springbrunnenpumpwerk und ein Tiefmeter-Pumpwerk fördern das Wasser in den 35 Meter hoch gelegenen Eisenbeton-Wasserbehälter des Feuersturms. Das größte Wasserwerkmodell des Gebietes Europas, Rheinland und Westfalen, wird durch ein Reliefmodell dargestellt: Ein Talsperrenpanorama wird von einer Grund- und Luftpflanzenvergrößerung flankiert. Die Ueberbrückung wird besonders anschaulich durch Gruppen kleiner elektrischer Weine, die durch Aufsteiger die verschiedenen Tätigkeitsgebiete wiedergeben.

Durch Pläne, Zeichnungen und Modelle erhält man einen guten Einblick in die Entwicklung und den neuzeitlichen Zustand der Siedlungsplanung. Das wichtigste hygienische Gebiet der Siedlung der Wasserversorgung ist nicht ver-

lassen worden. Durch Werkzeug und Modelle, durch Wort und Bild wird die Bedeutung der Wasserversorgung und des Siedens in Theorie und Praxis vor Augen geführt.

In der Abteilung Bauteile und Bauteile werden unter anderem wichtige Baueigenschaften gezeigt, wie zum Beispiel Schieferplatten. Dem Einfluß des Straßenbaues auf die Gesundheit der städtischen Bevölkerung ist die Abteilung Straßen- und Straßenbauwerke gewidmet. Die städtische Straße soll staubfrei, gut befestigt und gut entwässert sein. Die für die Straßen notwendigen Bauteile sind ebenfalls zur Schau gestellt. Die Darstellung von Befestigungsweien und Friedhofsanlagen findet eine würdige Wiedergabe. Die Verwendung von Gas und Elektrizität, Heizung, Lüftung und Wäscherei wird im Zusammenhang mit moderner Wohnung und Siedlung geschildert. In der Sondergruppe „Die Frau“ wird unter anderem in einer Dreizimmerwohnung die Frage des Raummanagements und der Raumbereitstellung für eine funktionierende Familie behandelt.

Die Gruppe Wohnung und Siedlung der „Gesolei“ zeigt in unterhaltender und belehrender Form die innigen Beziehungen zwischen den Aufgaben der modernen Hygiene und den Forderungen gesunden Wohnens und Siedlungsweien. Die neuzeitliche Hygiene huldigt nicht nur trockener Theorie, sondern ist von großer Bedeutung und von hohem Interesse für jeden denkenden Menschen. Sie bekommt und hält ihre Aufgaben aus dem Pulsschlag des täglichen Lebens.

Die Herstellung des Gasbetons.

Von Friedrich Guth, Architekt.

In den letzten Jahren sind große Anstrengungen gemacht worden, den Beton für den Wohnungsbau geeignet zu machen. Denn obwohl dieses Material vorzügliche Eigenschaften besitzt, so namentlich große Festigkeit, Tragfähigkeit, Wetterbeständigkeit, ist es für den Wohnungsbau wegen einer anderen Eigenschaft, seines großen Wärmeleitungsvermögens, wenig geeignet. Man war daher bemüht, den Beton durch Zusatz von anderen Stoffen zu verbessern, die eine sehr große Wärmeleitfähigkeit in seinen Poren einzuwickeln. Es ist aber hier zu berücksichtigen, daß mit der Steigerung der Porosität, also der in dem einzelnen Bauteil enthaltenen Zahl kleiner Hohlräume, in der Regel auch eine Verminderung der Druckfestigkeit eintritt. So hat ein vielversuchter Beton ist zum Beispiel der von dem dänischen Ingenieur Carl Christiaan Waher erfundene, neuerdings in Fachzeitschriften besprochene Zellenbeton, der auf dem Gedanken beruht, dem Zementbrei einen Schaum von so widerstandsfähiger Beschaffenheit beizumischen, daß er beim Zusammenfüllen von Zementmörtel und Schaum den mechanischen Einwirkungen des Wärmevermögens widersteht. Solch ein stark poriger Baustoff ist aber ferner der Gasbeton, der von dem Stockholmer Architekten A. Carlsson erfunden wurde und aus einem Gemisch von Zement und Schieferkalk mit einem geringen Zusatz von Aluminiumpulver besteht, welches letzteres beim Mischen der Masse unter Zusatz von Wasser Gas entwickelt. Daher der Name „Gasbeton“. Auf 60 Gewichtsteile Schieferkalk kommen in der Regel 40 Gewichtsteile Zement. Es können Wasser oder Bauteile hinzugefügt werden, die dem Zement zugesetzt, also zu homogenen Massen ausgemittelt werden. Grundsätzlich des Wärmeleitungsvermögens wurde festgestellt, daß eine 15 cm dicke Wand aus Gasbetonplatten nicht mehr Wärme durchläßt als eine 45 cm starke Ziegelmauer.

Bei Verwendung von Gasbetonkörpern ist zu berücksichtigen, daß wegen der geringeren Tragfähigkeit dieses Betons im Vergleich zum dichten Zementbeton nur kleinere Häuser aus diesem Baustoff errichtet werden können. Größere Bauwerke müssen in der Weise hergestellt werden, daß man zunächst ein genügend tragfähiges Rahmenwerk aus Eisen oder Eisenbeton errichtet und dann den Gasbeton für die Füllung zwischen den tragenden Pfeilern oder Stützen verwendet.

Die Bereitung des Gasbetons ist an sich schon seit etwa 10 Jahren in Amerika bekannt; man mischte dem Zement etwas Aluminiumpulver zu — dabei entwickelte sich Wasserstoffgas, das die Masse aufgehen ließ. Praktisch hat aber dies Verfahren keine Bedeutung gewonnen, weil der Zement als einziger Baustoff zu teuer ist — ein beträchtlicher Gasbeton kann mit anderen gebrauchlichen Baustoffen nicht in den Wettbewerb treten. Der Grund liegt vor allem darin, daß die Wasserstoffgasentwicklung herabzubringen. Hierbei zeigte sich, daß Sand aus reinlichen Gründen nicht in Betracht kommen kann; auch Steinmehl ist nicht geeignet, weil es die Festigkeit des Zements bedeutend herabsetzt, wenn es in größeren Mengen zugesetzt wird. Als sehr zweckmäßig erwies sich aber der Zusatz von Kalk und Schieferkalk, zumal durch die größere Menge freien Kaltes auch noch die Gasbildung erleichtert wurde. Ferner zeigte sich, daß man mit einer Mischung von gleichen Teilen Zement und Schieferkalk unter Umständen sogar eine ebenso bedeutende Festigkeit erzielt wie bei Anwendung reinen Zements. Man stellt den Schieferkalk aus einem Teil getrockneten Kalks und zwei Teilen Schieferkalk her. Diese Zuschläge müssen aber sehr fein gemahlen werden, so daß sie die Poren des Zements erhalten. Zur Herstellung des Gasbetons verwendet Carlsson dann 40 % Zement und 60 % Schieferkalk. Die Kosten des Gasbetons werden auf diese Weise so bedeutend herabgesetzt, daß er wirklich wettbewerbsfähig ist. Hierbei kommt es nun natürlich auch darauf an, die zur Herstellung des Gasbetons erforderlichen Stoffe nicht auf zu weitem Wege befördern zu müssen. In Schweden wird der Schieferkalk an drei Plätzen hergestellt, in zwei Fällen direkt in unmittelbarer Verbindung von Kalk- und Schieferbrühen.

Die Waile hat in den Formen nach einigen Stunden eine so bedeutende Festigkeit erlangt, daß die Oberfläche geglättet werden kann. Darauf werden mit großen, für diese Aufgabe besonders hergestellten Messern die Platten in den gewünschten Abmessungen geschnitten. Wenn diese vollständig getrocknet sind, werden sie zur weiteren Schichtung aufgeschichtet. Nach einer Woche sind sie gebrauchsfähig.

Man hat auch Versuche gemacht, die Erfahrung der Platten mittels Härten durch Dampf zu beschleunigen, und es sind auch in dieser Hinsicht zufriedenstellende Resultate erzielt worden.

In Schweden werden die Wände im allgemeinen 20 cm dick hergestellt, und namentlich für die sogenannten Schieferkalkhäuser (Mauernwerk mit Füllungen) verwendet. Für kleine Siedlerhäuser ist der Gasbeton in Rücksicht auf die gute Wärmeisolierung und die geringen Transportkosten besonders geeignet. In Stockholm hat man aber auch große öffentliche Gebäude unter Verwendung dieses Baustoffes ausgeführt, so zum Beispiel ein Straßenbau-Laboratorium sowie das Hauptpostamt am Hauptbahnhof. In Deutschland ist dieser in vielen Ländern patentierte Baustoff noch wenig bekannt, wobei zu berücksichtigen ist, daß uns andere Stoffe zur Herstellung des Füllungsmauernwerks bei Schieferkalkhäusern zur Verfügung stehen, so namentlich Schmelzsteine und Schlackensteine. Nichtsdestoweniger dürfte sich wohl auch die Gasbetonsteine bei uns einfinden, da sie in unmittelbarer Nachbarschaft der Kalk- und Schieferbrühen ziemlich wohlfeil hergestellt werden können.

Allgemeines.

Schieferkalkhäuser überflüssig? Ueber die Neumarktsache ist an dieser Stelle schon geschrieben worden. Es ist eine Sache, die von der Weizner-Ofenfabrik beim C. Zeigert an ihren Aufhängen rechtswirksam gelöst ist. Zeigert liefert er, so daß sich das Weizner durch den Ofenfeuer erübrigt. Nunmehr wird mitgeteilt, daß es die genannte Firma fertig bekommen hat, auch ihre gewöhnlichen Weizner-Schieferkalkhäuser und Einstände in gebrauchtem Zustand so auf Schiffe zu laden, daß auch sie selbst auf den Bau geliefert werden. Natürlich ist bei dem Sehen Vorausgesetzt, daß der Ofenfabrik nachher in der Regel angeliefert wird, damit die rechtswirksam gelieferten Schiffe sofort aufsteigen; sonst würde sich der Ofen schief aufrufen. — Für die Nachschiffenindustrie ist diese Neuerung zweifellos ein Fortschritt. Das Zeit und Arbeit ersparende, staubentwässernde Zufahren durch den Ofenfabrik an Ort und Stelle käme dadurch in Fortfall. Für den Ofenfabrik aber bedeutet das eine Arbeitsveränderung, denn der Ofen würde schneller geleert, der Seher aber trotzdem nicht mehr verdienen, weil solche Defekte zu niedrigeren Aufschüssen geleert werden sollen, was ja Voraussetzung bei der Firma ist, weil sie sich sonst in die Unkosten nicht stützen würde, die solche Neuerungen beanspruchen. Doch das wäre eine besondere Aufgabe für die Lohnkommissionen. Die Firma selbst hat die Erfahrung abgegeben, die Ware nur an Topfmeister abzugeben, auch tritt sie dafür ein, daß sie nur gelernter Ofenfabrik diesen Schachtel einen funktionierenden Ofen schenken hochbauen können; außerdem wird auch noch mit dem Schieferkalk nachgeschaffen werden müssen. Im ganzen wäre also zu der Neuerung zu sagen, daß sie eine Verbilligung des Schieferkalks bringt, was für dessen größere Verbreitung vorteilhaft wäre. Träfe das letztere in der Tat zu, dann könnte der für solche Defekte ausgeworfene geringere Seherlohn ausgeglichen werden durch einen größeren Umsatz. Dann könnte sich auch der in seiner schon schmalen Existenz bedröht Ofenfabrik damit auslösen. Es kommt ferner in Betracht, daß nur eine Fabrik diese Neuerung hat, und andere Ofenfabriken sie zunächst wohl nicht erwerben konnten. Das verleiht die probatkapitalistische Einstellung unserer Zeit. Wir wären begierig, zu erfahren, ob die Weizner-Ofen- und Porzellanfabrik Carl Zeigert diese Defekte nun auch unserer Gemeinheit Eigentumsgegenstände verkaufen würde. Die schon erwähnten Vorbereitungen für einen solchen Verkauf sind gegeben; deshalb rufen wir der Firma zu: hic rhodus, hic salta! — Nachdrücklich erhielten wir zwei sehr gut gelieferte Schieferkalk aus der Ofenfabrik C. Zeigert, Weizner, zur Ansicht. Die Schieferkalk 1 mit normalem Maßstab zeigt eine Anzahl winziger Mängel, während die Schieferkalk 2 dagegen ist aufgeschliffen und sieht tadellos aus. Wir können deshalb zu dem Schluss, daß die sehr gut gelieferte Schieferkalk der Firma C. Zeigert sich sehr gut für Defekte mit aufgeschliffener Fuge eignet. Das ist auch die Ansicht der Firma. Sie teilt uns mit, daß sie die Schieferkalk wohl mit sehr gut gelieferten Kanäle liefert, jedoch bei beim Sehen Vorausgesetzt, die Kanäle abzukleifen, schon um das Aussehen der Kanäle zu verbessern.

Englischer Häuserbau. Mit einem staatlichen Aufwande von nur 800 Millionen Mark sind im letzten Jahr nach einem Bericht des englischen Gesundheits- und Wohlfahrtsministers Chamberlain 172 000 Häuser, davon 163 700 Arbeiterhäuser (ein Haus in England gleich Wohnung) errichtet worden, also je mit 2093 M. öffentlichen Aufwand. Seit langen Jahren werden die beschriebenen Häuser in England grundsätzlich nach erprobten Typen unter Berücksichtigung individueller Wünsche (abgesehen von Farben, Verordnungen, einzelnen Schmuckteilen) hergestellt. Dazu kommen andere Einrichtungen, wie die Verbreiterung des Erdbaus, die Anlage der Gärten etc. im eigenen Familienhaushalt usw.

Eisenbetonhäuser zum Bauen von Wein. In England wurde in Kingston-on-Thames eine Gruppe von 16 Eisenbetonhäusern errichtet, die zur Aufnahme von Wein dienen sollen. Die Häuser liegen zum Teil unter der Erde und sind 4,35 m lang, 3,95 m breit und 3,65 m tief. Die Wandstärke beträgt am Fuß 0,23 m und 0,10 m am oberen Teil. Die in 2 Reihen von je 8 Stück angeordneten Häuser sind an den Wänden durch Stützen verstärkt, wodurch das ganze Bauwerk erheblich an Festigkeit gewinnt. Die Betonmischung bestand aus einem Teil von feinstem feinstem Zement, zwei Teilen Sand und vier Teilen Kies. Bereits 24 Stunden nach Einbringen des Betons konnte die Verfestigung an den Seitenwänden und 48 Stunden nachher von der Bedachung entfernt werden.